

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1^½ Thlr.
für ganz Preußen 1 Thlr.
24^½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 14. Okt. Se. Königliche Hoheit der Prinz Adalbert von Preußen ist von Stettin hier angekommen.

Dem Kontrabass Robert Radetzky hier selbst ist das Prädikat „Musikdirektor“ verliehen worden.

Nr. 243 des „St. Anz.“ enthält Seitens des l. Justizministeriums einen Zirkularerlass vom 12. Sept. 1859, die Kosten des Transports der von den Polizeibehörden verhafteten und in die Gerichtsgefängnisse einzuführenden Personen betreffend; sowie Seitens des l. Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten einen Bescheid und Verfügung vom 8. Juli 1859, betr. das Betreten der Schullokale durch Eltern und Vormünder der Schulkinder während des Unterrichts.

Telegramm der Posener Zeitung.

Paris, Freitag, 14. Okt. Der heutige „Constitutionnel“ demonstriert die Gebühr bezüglich der Verzögerung der Pariser Traktatsunterzeichnung, indem er erklärt, nur die Regulierung der Schulfrage bleibe jetzt noch übrig, über alle anderen Punkte seien die Mächte einig, und werde die Unterzeichnung nächstens erwartet. Andere neue, durch den Vertrag nicht geordnete Fragen würden einem Kongresse unterbreitet werden, über dessen Zusammentritt alle Großmächte sich geeinigt hätten.

(Eingegangen 14. Okt. 11 Uhr 10 Min. Vorm.)

CH Posen, 14. Oktober.

Es ist von großer Bedeutung, daß die deutschen Reformstreben, während sie in den Regionen des Volkslebens ihre Wurzeln zu befestigen und auszubreiten suchen, auch gleichzeitig die Sphäre der Diplomatie in ernste Bewegung gesetzt haben. Man darf darin den Beweis erblicken, daß gegenwärtig das Wiedererwachen des Reformgedankens von den Regierungen — mögen sie denselben mit günstigem Sinn oder mit schnödem Misstrauen begründen — nicht als das schnell vorbereitende Aufwogen einer Zeitströmung, sondern als der Ausdruck eines Bedürfnisses erkannt wird, welches sich schwerlich ohne irgend eine Befriedigung abscheiden lassen dürfte. In dieser Beziehung nehmen sowohl die Berathungen der deutschen Mittelpaaten, deren Vertreter jüngst in München versammelt waren, wie der Notenaustausch zwischen Wien und Gotha unsre Aufmerksamkeit in Anspruch. Neben den Verhandlungen zu München ruht bis jetzt noch der Schleier des Geheimnisses und wir werden abzuwarten haben, in wie weit dieselben geeignet sind, in die Bewegung des deutschen Nationalbewußtseins hemmend oder vielleicht auch unfreiwillig fördernd einzudringen. Dagegen liegt die erwähnte diplomatische Korrespondenz zur öffentlichen Kenntnahme vor und enthält reichen Stoff für mancherlei Betrachtungen.

In den Augen Ostreichs war es ein großes Vergehen, daß Herzog Ernst von Sachsen-Coburg aus den Händen einiger Vorfürher der Reformbewegung eine Adresse entgegennahm, und vollends ein unverzeihliches Verbrechen, daß Se. R. Hoheit deren Bestrebungen einige Worte der Theilnahme schenkte. Für jedes Urtheil war es aber von vorn herein klar, daß der Herzog, indem er männlich offen sich zu der Sehnsucht „nach nationaler Stärke und Größe, nach Macht gegen Außen und Einheit im Innern“ bekannte, weder eines Attentats gegen die deutsche Bundesverfassung noch eines Angriffs auf die Rechte Ostreichs beschuldigt werden konnte. Nur für seine eigenen Worte, nicht für die äußersten Konsequenzen, welche das Wiener Kabinett aus den Wendungen der Adresse und aus den Ansichten der Überreicher herauslesen will, dürfte billiger Weise Herzog Ernst verantwortlich gemacht werden. Wohl liegt eine ernste Mahnung an alle deutschen Herzen und, wenn man will, ein scharfer Stachel gegen die hartnäckigen Vorläufer für die Unabhängigkeit des bestehenden Systems in der Erklärung, daß für die Kräftigung Deutschlands nur dann Erfreuliches zu erreichen sei, wenn Fürsten und Staaten bereit seien, dem großen Ganzen Opfer zu bringen. Indessen läßt sich aus dieser Erklärung alles Andere herausdeuten, als die Absicht eines gewaltfamen Umsturzes oder auch nur einer Missachtung bestehender Rechte und Verträge. Wenn es strafbar ist, offen auszusprechen, was die Erfahrung älterer und jüngster Vergangenheit mit blinder Klarheit vor Aler Augen gestellt hat: die Unzulänglichkeit der deutschen Bundesverfassung zur Abwehr innerer und äußerer Gefahren, und nach der Besserung des als mangelhaft Erkannten zu streben, dann wird Herzog Ernst so ziemlich alle einseitigen und von keinem Sonderinteresse missdeutenden Geister Deutschlands zu Mithuldigen haben. Ja, der Wiener Hof selbst versäßt dem eigenen Verdammungsurtheil, da derselbe, wie die Gothaer Depeche sehr zeitgemäß erinnert, in naher Vergangenheit die deutschen Bundesgenossen in aller Form zu einer Revision des Bundesgrundgesetzes einlud, welche für einen Theil der deutschen Staaten eine sehr wesentliche Verkürzung der ihnen durch die Wiener Kongreßakte verbürgten Rechte in Aussicht nahm. Es erhellt hieraus eben die Lehre, daß der Wiener Hof eine Revision der deutschen Bundesnormen wohl für zulässig erachtet, wenn dieselbe unter österreichischen Auspizien und im österreichischen Interesse erfolgen kann.

Dem sächsischen Minister könnte also die Widerlegung der Rechberg'schen Note vom 4. September d. J. nicht schwer fallen. Die gothaische Antwort ist unbestreitbar sehr geschickt, vielleicht sogar zu geschickt und zu glatt, da hier nicht bloß eine patriotische Auffassung, sondern auch die persönliche Würde des Herzogs zu vertreten war. Inzwischen legen wir vor Allem darauf Gewicht,

dass Herzog Ernst auch im Angesicht des Wiener Hofs den Reformgedanken nachdrücklich befürwortet und eine kräftigere Ordnung der Bundesverhältnisse als ein unabsehbares Bedürfnis proklamirt.

Deutschland.

Preußen. [Berlin, 13. Okt. [Vom Hofe; Abreise der russischen Gäste; Verschiedenes.] Der Geburtstag unsres Königs wird in aller Stille gefeiert werden, und jede laute Festlichkeit unterbleibt in Folge höherer Anordnung. Im Dom findet Vormittags ein Gottesdienst statt, dem die Minister, die Mitglieder des diplomatischen Corps und die übrigen hohen Staatsbeamten beiwohnen werden. Seitens der städtischen Behörden werden die Kinder im großen Friedrichs-Waisenhaus, so wie die Hospitaliten im Friedrich-Wilhelms-Hospital und die im Arbeitshaus befindlichen Personen festlich gespeist. Die Behörden selber versammeln sich nicht, wie früher, zu einem Gastmahl. In den Unterrichtsanstalten finden die gewöhnlichen Schulfeierlichkeiten statt und haben alsdann die Böblinge frei. Die Nachrichten, welche schon seit mehreren Tagen über den Krankheitszustand des hohen Patienten im Publikum verbreitet sind, laufen sehr bedenklich; wie es heißt, schwanden die Kräfte immer mehr, und die Schwäche soll so groß sein, daß der hohe Kranke meist schlummert. Die Königin widmet ihrem erlauchten Gemahl noch immer dieselbe Wartung und Pflege, die man seit dem Beginn der Krankheit an ihr bewundert hat; sie weilt entweder an seinem Lager oder doch in der nächsten Nähe und ist sofort zur Stelle, sobald sich der König nur leife regt. Daß die hohe Frau Kraft genug gehabt, diese großen Anstrengungen zu ertragen, nimmt allgemein Wunder. — Aus Karlsruhe ist die Nachricht von einer frühzeitigen Entbindung der Frau Großherzogin Luise hierher gelangt, und dies soll auch der Grund sein, weshalb der Prinz-Regent und die übrigen hohen Herrschäften ihren Aufenthalt am großherzogl. Hof verlängert haben. Wie schon berichtet, lehrt der Prinz-Regent am Sonnabend früh hierher zurück und ist bereits der Befehl gegeben worden, daß ein Separatrain bereit gehalten werden soll, sofern der Lokalzug um 8 Uhr schon nach Potsdam abgegangen sein sollte. Der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm wollen, wie heute wieder gemeldet worden ist, schon morgen früh zurückkehren, und ist deshalb schon heute Abend die Dienerschaft von hier nach Potsdam abgezogen. Der Prinz Friedrich Karl, welcher mit dem Herzog von Gotha in Tirol eine Gemüsegärtnerin abhält, will erst am 25. d. Mts. nach Berlin zurückkehren und sich darauf auf seinen Posten nach Stettin begeben. Zuvor geht aber der Prinz nach Dessau und holt, so weit bis jetzt bestimmt, von dort seine Gemahlin und Tochter ab. — Der Admiral Prinz Adalbert ist gestern Abend von Stettin hier wieder eingetroffen und macht heute Vormittag den hier anwesenden königlichen Prinzen und dem Prinzen Friedrich der Niederlande, der in nächster Woche nach Schloß Muskau gehen will, seine Besuch. Morgen Vormittag will der Prinz nach Schloß Sanssouci fahren. — In Folge einer gestern aus Nizza hier eingegangenen Nachricht haben der Herzog Nikolaus und der Prinz Eugen von Leuchtenburg schon heute Morgen Berlin verlassen und sind nach Italien abgereist. Gestern waren sie noch bei der Großherzogin Mutter von Mecklenburg im königlichen Schlosse zum Diner. — Die Minister waren heute bei Herrn v. Auerswald zu einer Sitzung versammelt, da vor der Rückkehr des Prinz-Regenten noch einige Angelegenheiten berathen werden sollen. — Das vielfach verbreitete Gerücht, daß der Kriegsminister v. Bonin mit der neuen Armeeformation nicht in allen Punkten einverstanden sei und darum aus dem Ministerium scheiden wolle, erweist sich als vollständig unbegründet. Der Kriegsminister ist ein Vertrauter des Prinz-Regenten und denkt nicht daran, wegen einer Meinungsverschiedenheit sofort seine Stellung aufzugeben und aus der Nähe seines erlauchten Freundes zu scheiden. — Der österreichische Gesandte, Baron v. Koller, ist nach langer Abwesenheit aus Wien hierher zurückgekehrt, doch heißt es in den Kreisen, daß er nur gekommen sei, um seine Angelegenheiten zu ordnen, sein Abberufungsschreiben zu überreichen und dann wieder zu geben. Der Gesandte, der sich bei uns sonst sehr gefallen hat, fühlt sich seit einiger Zeit nicht mehr auf preußischem Boden behaglich und will aus dem Grunde Berlin verlassen. Im Reichsrath zu Wien soll bereits eine Stelle für ihn reservirt sein. Von seinem eventuellen Nachfolger ist natürlich noch nicht die Rede. — Der Munitionstransport aus Thorn kam heute hier an und ging mittelst Extrazuges sofort nach Erfurt weiter. Schon seit mehreren Tagen gehen und kommen fortwährend Recruitentransporte. Heute gingen hier ausgebogene Mannschaften auf den verschiedenen Bahnen zu den betreffenden Regimentern ab. Bis zu den Bahnhöfen gaben ihnen die Angehörigen und sonstigen Freunde das Geleit und da diese stark der Flasche zugesprochen hatten, so kam mancher Unfall vor, so daß die Polizeibeamten vollauf zu thun hatten.

[In der Angelegenheit der Umgestaltung des Landeskonomie-Kollegiums] hat der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ein Zirkular-Nestrikt an die sämtlichen Oberpräsidenten erlassen, in welchem diese veranlaßt werden, die landwirtschaftlichen Vereine darauf aufmerksam zu machen, daß sie in Zukunft ihre Anträge nicht wie seither an das Kollegium, sondern an den Minister unmittelbar zu richten und ihre Bescheidungen von ihm zu gewärtigen haben.

[Presseprozeß.] Wegen der konfiszirten Nr. 38 der in London erscheinenden deutschen Wochenschrift „Hermann“ ist, wie verlautet, eine Anklage auf Beleidigung des biesigen königlichen Polizeipräsidiums (begründet auf einer Berliner Korrespondenz) eingeleitet. Das Rubrum der Anklage lautet vorläufig: „Unterstellungssache wider Unbekannt“, da die Behörde noch nach einem

Insette
(1^½ Sgr. für die fünfgepaarte Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Inkulpaten, nämlich dem Autor der Berliner Korrespondenzen des „Hermann“, reichert. Um diesen Inkulpaten zu finden, hat man folgenden eigenartlichen Weg eingeschlagen. Da die „Volkszeitung“ bekanntlich die Angabe verschiedener Blätter, der Baron v. Koller sei der Verfasser der aufsehenden Artikel, demerte und hinzufügte, der Korrespondent sei weder politisch kompromittirt noch moralisch anrüchig, so folgert die Staatsanwaltschaft, die Redaktion der „Volkszeitung“ müsse den wirklichen Korrespondenten kennen. Der verantwortliche Redakteur der „Volkszeitung“ war nun am 10. d. vor den Untersuchungsrichter geladen, um endlich zu bekunden, wer der gesuchte Inkulpat sei. Er verweigerte jedoch, trotz der Androhung von Zwangsmaßregeln, jede Auskunft.

Elbing, 12. Okt. [Schiffbauaten.] Am vergangenen Sonnabend lief ein eisernes, zweimastiges Segelschiff, in der Maschinenbauanstalt von Hambrück u. Bölkbaum erbaut, vom Stapel. Dasselbe, „Ladoga“ getauft, ist für die Schiffahrt auf dem Ladoga-See bestimmt und wird nach Russland als Probekreuzer abgeliefert werden, da von dort aus an die genannte Fabrik die Bestellung ergangen ist, 16 solche Schiffe zu erbauen. — Schiffbaumeister Mügllaff ist zur Zeit mit dem Bau dreier Seeschiffe beschäftigt, von denen er das eine, einen Dreimaster, auf eigene Hand, und die beiden anderen, Kanonenboote, auf Bestellung der l. Marine erbaut. (B. W.)

Marienburg, 12. Okt. [Hafenbauten; Befestigungen; Bergleute aus Russland; Kanalverbindung.] An unseren Nogatdämmen wird wieder fleißig gearbeitet, so wie auch an der Vertiefung des Strombettes, das für Oderläne längst nicht mehr passierbar ist. — Der Brückenkopf zur Befestigung unserer Eisenbahnbrücke ist nun ganz fertig und beabsichtigt man vorläufig keine weitere Ausdehnung der Befestigungsarbeiten. Dagegen ist das Projekt, eine höhere Kriegsschule auf unserer Burg zu begründen, keineswegs aufgegeben. — Wieder lehren viele schlesische Bergleute, die zur Eisenbahnbauung nach Kowno gegangen waren, aus Russland zurück, da sie dort einen so geringen Tagelohn erhalten, daß es ihnen nicht möglich war, für den Unterhalt ihrer in Schlesien zurückgelassenen Familien etwas zu erübrigen. Die russischen Arbeiter erhielten mehr Lohn als sie. — Durch die Kanalverbindung der oberländischen Seen zwischen Osterode und Elbing, deren Terrainverhältnisse der Verbindung der nordamerikanischen Seen ähnlich sind, ist nunmehr der Reichthum unseres schönen Ober- und Ermlandes für uns erschlossen worden, und gewinnt unsere Nachbarstadt Elbing dadurch am meisten. In Folge dessen sind die Preise für Holz und Getreide hier wesentlich gesunken. (Sp. 3.)

Stettin, 13. Okt. [Unglücksfall.] Das 7 Monate alte Kind des Kunstreiters J. Goudsmid stand man am 9. d. heftig schreiend und im Blute schwimmend in der Wiege, und eine nähere Untersuchung ergab, daß dasselbe drei Bisse in der Nase hatte, wahrscheinlich von einer Ratte herrenhrend. Das Kind ist vorgestern gestorben, wahrscheinlich an den Folgen jener Verlegung und des Blutlustes. (Md. 3.)

Stralsund, 12. Okt. [Se. R. H. der Prinz-Admiral Adalbert] traf gestern auf der „Grille“ hier ein und besichtigte den Dänholm, woselbst die „Grille“ in Winterlage verbleiben wird. Nachdem der Prinz auf der „Grille“ übernachtet, begab er sich heute Morgen mit dem Dampfschiff „Rügen“ zunächst nach Wolgast, um die dort im Bau befindlichen Kanonenboote zu besichtigen, und dann die Reise nach Stettin fortzusetzen. (Ostl. 3.)

Ostreich. Wien, 12. Okt. [Der Friedenstraktat; Ordensverleihungen; zur Stellung der Juden.] Wie ich aus glaubwürdigster Quelle vernehme, ist der Friedenstraktat von Zürich definitiv unterzeichnet worden. (Andere näher stehende Blätter bestätigen das noch nicht. D. Ned.) Er sanktionirt nochmals die in den Präliminarien von Villafranca getroffenen Bestimmungen, behält die endgültige Regulirung der italienischen Angelegenheiten einem demnächst zusammenentrenden europäischen Kongress vor und belastet Sardinien mit der Summe von 300 Mill. Frank als dem auf die Lombardie entfallenden Anteil an der österreichischen Staatschuld. Der Vertrag von Zürich wird in den nächsten Tagen in den offiziellen Blättern der beteiligten Mächte publizirt werden. — Auch eine Reihe von Orden verleihungen, welche in weiteren Kreisen interessiren dürfen, werden Sie nächstens in der „Wiener Zeitung“ finden. So erhalten die Redakteure der „Allg. Zeitg.“ Dr. Kolb und Orges österreichische Orden, der Legiere den Orden der eisernen Krone, mit welchem bekanntlich der Adel verbunden ist; in gleicher Weise sind Hr. v. Ettrow, der vom Hauptquartier aus die Kriegsberichte der Journale aus dem österreichischen Lager inspizirte, und der Buchhändler Friedlein in Leipzig mit Dekorationen bedacht worden. — Die Antwort, welche der Minister des Innern, Graf Goluchowski, fürlich einer Deputation der jüdischen Gemeinde in Lemberg ertheilte, hat hier gerechtes Aufsehen erregt. Er äußerte sich wörtlich: „Mit den Wiener Juden bin ich im Stein, da ich weiß, woran mich zu halten. Aber warum haben die galizischen Juden sich nicht so ausgebildet, wie ihre Brüder in den deutschen Provinzen? Warum stehen sie hinter diesen noch so tief zurück? Geben Sie, meine Herren, mir selber die Differenzlinie, um zwischen Gebildeten und Ungebildeten zu unterscheiden; aber dieß muß rasch geschehen, da in kürzester Zeit die Frage entschieden wird.“ Man ist begierig, in welcher Gestalt diese vieldeutigen Worte ihre gesetzliche Lösung finden werden. (Schl. 3.)

[Die Auflösung des Handelsministeriums.] Die „Presse“ bestagt die Auflösung des Ministeriums für Handel und Gewerbe. Als bei der Neubildung des Ministeriums am 22. August das Handelsministerium als besonderes Departement auf-

gehoben und die Anordnung getroffen wurde, seine Geschäfte unter die anderen Ministerien zu vertheilen, glaubte man diese Neuerung hauptsächlich aus Rücksichten der Sparamkeit erklären zu müssen. „Inzwischen“, sagt die „Presse“, „sind wir von mehreren Seiten belehrt worden, daß für jene Maßnahme noch ein anderer Erwägungsgrund bestimmend gewirkt hatte. Man meint nämlich, gerade jene Angelegenheiten, welche bisher unter das Handelsministerium ressortirten, zumeist vom finanziellen Gesichtspunkte betrachten zu müssen, und wollte also durch die Einverleibung der wichtigsten handelsministeriellen Agenden in das Finanzministerium diesem letzteren grundsätzlich eine prävalente Macht einräumen.“ Die „Presse“ kann damit nicht einverstanden sein und verweist auf die Thätigkeit der Handelsministerien in England, Preußen u. s. w.

— **W**e festigun g s b a u t e n i n Tirol. Aus dem Tiroler Geschahle erfährt das „Frankf. Journal“ Folgendes: Der Bau der neuen Forts bei der „Franzensfeste“ oberhalb Brixen, welcher Tausende von Arbeitern (der Mehrzahl nach aus Wälschen bestehend) beschäftigte und auf höheren Befehl kürzlich eingestellt wurde, soll nächstens wieder, aber durch österreichisches Militär, fortgesetzt werden. Was die neuen Befestigungen betrifft, scheinen dieselben an Umfang und Solidität nichts zu wünschen übrig zu lassen; nach deren Vollendung sollen auch in Klausen, einem Engpass zwischen Brixen und Bozen, zwei Forts errichtet werden.

— **[Kritik der Presse über die Überschreitung der Nationalanleihe.]** Ueber die Höhe der Nationalanleihe giebt die „Wiener Zeitg.“ folgende amtliche Erklärung des Finanzministers: „Nachdem am 24. August d. J. der letzte Zahlungstermin des freiwilligen Anlehens vom Jahre 1854 abgelaufen ist und nur noch einzelne Posten nachträglich zur Zahlung gelangen werden, hat sich die Gesamtsumme der im Laufe dieser fünfjährigen Finanzperiode ausgegebenen Obligationen dieser Schuldgattung mit dem Betrage von 611,571,300 fl. R. M. herausgestellt, von welchem aber 26,492,100 fl. R. M. im Vermögen des Staatschulden-Tilgungsfonds sich befinden, so daß die Summe der im Umlaufe befindlichen diesjährigen Obligationen 585,079,200 fl. R. M. beträgt, womit nunmehr das freiwillige Anlehen vom Jahre 1854 seine definitive Abschluß erhält.“ — Die Wiener Blätter knipfen an diese Publication eine sehr strenge Kritik. So sagt die „Ostd. Post“: „Das Aufsehen, welches die voranstehende Veröffentlichung in allen Finanzkreisen erregt, ist ein ungewöhnliches, und wir fürchten, daß der Eindruck, den sie im Auslande machen wird, ein noch größerer sein wird.“ Das Kaiserliche Patent vom Jahre 1854 hat eine Nationalanleihe im Betrage von 500 Millionen Gulden ausgeschrieben und nun findet sich zur allgemeinen Überraschung, daß die Ziffer der unter diesem Titel ausgestellten Staatschuldscheine auf die Summe von 611,571,300 Gulden sich gezeigt hat, also um 11½ Millionen mehr, als ursprünglich die Schuld normirt war. Davon sind allerdings, wie die Kundmachung uns belehrt, zwischen 26 bis 27 Millionen bei dem Staatschulden-Tilgungsfonds deponirt worden; aber das heißt doch wohl nichts Anderes, als daß die Summen, die alljährlich zur Tilgung der alten Staatschuld ausgezahlt sind, nicht an jenen Fonds gezahlt wurden, sondern daß man alte Schulden titel durch die Deposition neuer ersetzt hat, und daß die Baarsumme, die dem Tilgungsfonds hätte zufließen sollen, zu anderen Zwecken verwendet wurde. Nun legen wir zwar kein großes Gewicht darauf, daß heutzutage der Staatschulden-Tilgungsfonds seine regelmäßigen Funktionen fortsetze. Man tilgt Schulden nur mit wirklichen Überschüssen; wenn man nur durch Kontrahierung neuer Schulden die alten zu bezahlen vermag, so ist es besser, man erwartet sich diese unnötige Parade. Die Verpfändung dieser 26 Millionen ist daher etwas ganz Nebenschuldes. Was das allgemeine Erstaunen erregt, ist eben so sehr die ungeheure Überschreitung einer Schuld, deren Grenzen in einem kaiserlichen Patente gezeigt waren, als die leichte, harmlose, wir möchten fast sagen naive Art, mit welcher die „Wiener Zeitung“ dieses merkwürdige Faktum zur öffentlichen Kenntnis bringt. Wir beschränken uns heute darauf, den Eindruck anzudeuten, den dieses Ereignis, denn es ist ein Ereignis, allgemein gemacht. Wir wollen heute keine Bemerkungen an diese Thatachen knüpfen, sie liegen ohnehin nahe genug, um sich nicht Federmann von selbst aufzudrängen. Von den vielen dringenden Reformen, welche das ministerielle Programm vom 21. August in Aussicht stellte, erhält die Dringlichkeit des Gesetzes über die Finanzlage und über das Bedürfnis einer wirklichen Kontrolle“ durch obige Kundmachung eine beweisführende Illustration.

Die „Presse“ zeigt sich nicht weniger überrascht von dieser Nachricht. Auf einen Betrag von mehr als 500 Millionen Gulden Nationalanleihe, sagt sie, hätten wir um so weniger rechnen können, als das kaiserliche Patent vom 26. Juni 1854, durch welches das in Rede stehende Anlehen ausgeschrieben wurde, ausdrücklich 500 Millionen Gulden als Maximalbetrag für die Subskription vorgeschrieben hat. Nachdem sodann der Ministerialerlaß vom 15. September 1854 „nach den eingelangten Schlussberichten“ als Gesamtergebnis der Subskriptionen die Summe von 506,788,477 fl. angegeben hat, so ist das Anwachsen auf 611,572,300 fl. um so auffallender, als der Schlusstermin für die Bezeichnungen bereits am 31. August 1854 abgelaufen war, so daß der am 16. Sept. 1854 veröffentlichte Subskriptionsausweis alle erfolgten Zeichnungen kennzeichnete. Im Hinblick also auf jeden Ausweis und das kaiserliche Patent finden wir eine Lücke in den offiziellen Verlautbarungen über das Nationalanlehen; bevor dieselbe nicht ergänzt ist, vermögen wir uns nicht zu erklären, wie es gekommen ist, daß, wie die Kundmachung anzeigen, 585 Millionen Gulden Nationalanlehnsobligationen im Umlauf sind. Selbst die „Destr. 3.“ vermag hierüber keinen Bescheid zu geben, obwohl sie selbst vorausführt, daß, wie sie sich ausdrückt, „hierüber manigfache Fragen gestellt und Konjekturen gemacht, und manche sehr starke Kritik geübt werden wird.“

— **[Die Reform des Steuerwesens.]** Ein großer Theil der Schwierigkeiten, meint die „Ostd. Post“, mit welchen die Lösung der Aufgabe verknüpft ist, die Steuern der Steuerkraft der Angehörigen anzupassen, stammt in Oestreich daher, daß so verschiedene ökonomische Zustände vorhanden sind. In Wien angefangen, wo in der That die hohen Steuern das Hindernis der Kapitalbildung und die Ursache geworden sind, daß die hier sonst blühende Industrie täglich mehr ihrem Verfall entgegengesetzt, bis zu jenen Wildnissen Ungarns, Galiziens und Siebenbürgens, wo man im wahrsten Sinne des Wortes das Geldbedürfnis erst durch die Steuern kennen lernte, wo noch vor einem Jahrzehnt die Naturalwirtschaft in so reinen Formen herrschte, daß die einzigen Luxusgegenstände, die selbst der Wilde kennt, das Band und der Flitter zum Puz, im Wege des Tauschhandels beschafft wurden, giebt es eine so unendliche Reihe von materiellen Verhältnissen, daß man füglich behaupten kann, ein österreichisches Steuersystem möge beschaffen sein, wie es wolle, es wird Stellen finden, wo es ungenügend sein muß, weil es eben mit den gegebenen materiellen Zuständen in Konflikt gerathet. Daz aber eine ideell vollkommene Lösung der Steuerfrage nicht möglich ist, schließt eben noch nicht aus, daß nach einer „möglichst“ vollkommenen Form gesucht wird, in welcher die Steuerkraft der Nation ohne Beeinträchtigung ihrer produktiven Thätigkeit zur Theilnahme an den Staatslasten herangezogen wird.

— **[Die Opposition der Magyaren.]** Der Unterschied zwischen einem an politisches Leben und einem an Bevormundung gewöhnten Volle kann nicht schlagender in die Augen treten, als durch das Verhalten der Magyaren einerseits und der Deutschen anderseits, bei den Reformen in der inneren Gesetzgebung. Den ungarnischen Protestanten wird eine Verfassung verliehen, wie ein Freund religiöser Freiheit sie sich nur irgend wünschen kann; Deutsche und Slawen in Oestreich jubeln bei dem bloßen Gedanken, daß auch ihnen zu Gute kommen werde, was vorläufig nur jene erhalten, und jene weisen das Geschenk kaltblütig zurück, nicht sowohl, weil sie nicht genug erhalten, sondern weil sie

überhaupt kein Geschenk haben wollen. Dies zähe Festhalten am guten Rechte ist uns freilich etwas fast Mythenhaftes. Woran sollen wir festhalten? Was ist bei uns noch Recht? Der Ungar räsoniert aber ganz richtig, daß er mit sich nicht markten lassen dürfe, bis nicht das Ein tatsächlich anerkannt sei, daß die Bach'sche Regierung ihm widerrechtlich seine politische und kirchliche Verfassung genommen habe. Und es wird dem Ministerium kaum etwas andres übrig bleiben, als in den saueren Apfel zu beißen, d. h. formell sowohl die alte Komitativerfassung als auch die protestantische Kirchenverfassung von 1791 wieder herzustellen. Es werden ihr Mittel genugbleiben, um sich dann die Annahme nöthiger Reformvorschläge zu sichern, dann die alte Verfassung mit ihrem gesamten Unwenen wieder unverändert ins Leben zu rufen, daran denkt auch wohl unter den enragirtesten Magyaren Niemand mehr.

— **[Die Friedensverhandlungen.]** Die „Ostd. P.“ bemerkt: „In Betreff des Zürcher Friedens ist es geradezu ein Gebot der Staatsklugheit, eine gebietstreiche Pflicht der Sorge für das allgemeine Wohl Europas, den misstrauischen Zweifeln, den bangen Besorgnissen und den kühnen Hoffnungen alsbald ein Ende zu machen. Es ist hohe, es ist die höchste Zeit, daß die Welt erfahre, worüber die beiden Kaiser übereinkommen, was sie wollen und nicht wollen, denn durch die lange Ungewissheit sind in verderblicher Weise alle nützlichen und guten Berechnungen niedergedrückt, alle schlimmen und gefährlichen Voraussetzungen und Projekte dagegen zu üppiger Blüthe gebracht worden. Wenn Oestreich und Frankreich zweitmäßig und kräftig geeinigt sind, so werden sie auch die mittelalterliche Frage entsprechend erledigen können, ohne von anderen Mächten darin gestört zu werden. Die sarkastische Schadenfreude des englischen Kabinetts wird die Segel einziehen, oder auf den Sand gerathen. Von Seite Preußens ist einmal schon aus persönlichen Gründen kein Hindernis einer rechten und gerechten Schlichtung der Angelegenheiten zu fürchten, aber auch die eignen Prinzipien der preußischen Politik bürgen dafür, daß das Berliner Kabinett nicht die Interessen Preußens gefährden wird, um mit einer fiktiven Tendenzpolitik zu liebäugeln.“

— **[Protest gegen das kaiserliche Patent.]** Noch eine Kundgebung gegen das kaiserliche Patent, die Stellung der Protestanten in Ungarn betreffend, wird aus Ungarn gemeldet. Die Augsburgische Superintendenz erklärte in ihrer dieser Tage zu Dedenburg abgehaltenen Sitzung, daß sie das kaiserliche Patent nicht annehmen könne. Alexander von Szemere brachte in Vorschlag, die Versammlung möge nach dem Vorgange des Konvents zu Käsmark ihre Wünsche in einer Adresse an den Kaiser niederlegen. Die Versammlung lehnt das Patent in seiner heutigen Gestalt ab, da sie durch Annahme desselben auf die freie kirchliche Gesetzgebung verzichtet; sie bittet daher, das Patent zu suspendiren, die Kirchenverfassung vom Vor-März wieder in Geltung zu setzen und die Synode einzuberufen, welche über die Regierungsbeschlüsse ihr Gutachten abgeben wird. Szemeres Antrag wurde logisch einstimmig zum Beschuß erhoben und die Ausarbeitung der Adresse angeordnet. (V. 3.)

Bayern. Ulm, 12. Okt. [Schillerfeier.] Hier hat es wegen der Schillerfeier einen kleinen Konflikt gegeben. Diakonus Lamparter wollte den Pfarrgemeinderath veranlassen, den Münster für die Feier zu verweigern; das Presbyterium aber wies den Antrag mit großer Mehrheit zurück. Die Cotta'sche Buchhandlung bereitet allerlei Festsäugaben von Schiller'schen Werken und Schiller-Literatur vor. Von der Schulausgabe der Gedichte will sie 3000 Exemplare in den Schulen Stuttgarts vertheilen lassen. Freiherr v. Cotta ist eines der thätigsten Mitglieder des Schiller-Komitees. (N. R.)

Hannover, 12. Okt. [Senatorenwahl.] Gestern wurden als Senatoren in den Stadtmaistrat der Residenz erwählt: Dr. André, bisher Obergerichtsanwalt in Osnabrück, und die Kaufleute Klein und Rudolph Meyer von hier. Alle drei neu erwählten Senatoren gehören der liberalen Partei an.

Sachsen. Dresden, 12. Okt. [Schillerstiftung.] Am 10. d. ist die Schillerstiftung nach dreitägigen Verhandlungen der Abgeordneten der Zweigvereine definitiv konstituiert worden. Der Zweck der Stiftung wird in §. 1 der Statuten der „Allgemeinen deutschen Schillerstiftung“ dahin angegeben: „Deutsche Schriftsteller und Schriftstellerinnen, welche für die Nationalliteratur, mit Ausschluß der strengen Fachwissenschaften, verdientlich gewirkt, vorzugsweise solche, die sich dichterischer Formen bedient haben, dadurch zu ehren, daß sie ihnen oder ihren nächstangehörigen Hinterlassenen in Fällen über sie verhängter schwerer Lebenssorge Hülfe und Beistand darbietet. Sollten es die Mittel erlauben und Schriftsteller oder Schriftstellerinnen, auf welche obige Merkmale nicht sämmtlich zutreffen, zu Hülfe und Beistand empfohlen werden, so bleibt deren Berücksichtigung dem Ermessen des Verwaltungsraths überlassen.“

Frankfurt a. M., 12. Okt. [Die kurhessische Verfassungsfrage.] Dem Vereinnehmen nach sind bereits seit einiger Zeit und von Seiten einer Regierung, welche nicht die preußische ist, direkt in Kassel Verhandlungen eingeleitet, um die dortige Regierung zu veranlassen, selbst die Initiative zu einer Wiederherstellung der Verfassung von 1831 zu ergreifen, mit Ausübung derer Bestimmungen derselben, welche von der Bundesversammlung schon als dem Bundeswohl widersprechend bezeichnet worden und allenfalls mit einzelnen weiteren Modifikationen, über welche eine Vereinbarung zwischen Regierung und Ständen zu Stande zu bringen sein würde. Es läßt sich bis jetzt nur sagen, daß der Gedanke in Kassel nicht ganz von der Hand gewiesen ist und daß die Verhandlungen noch schwanken. (B. 3.)

Hessen. Kassel, 12. Okt. [Verbot.] Der Rabbiner Enoch zu Fulda hatte den Antrag bei dem Ministerium gestellt, den Juden an Sabbath- und Festtagen die auf dem Lande und in kleineren Städten üblichen Tanzbelustigungen zu untersagen. Das Ministerium hat dem Antrage gemäß entschieden. (Fr. 3.)

Mecklenburg. Schwerin, 12. Okt. [Zur Baumgarten'schen Angelegenheit; die Cholera.] Die in ihrer verbotenen Schrift Baumgartens: „Ein Weg zum Frieden“, an die Rostocker Gemeinde gerichtete Aufrufserklärung, den Konfessorialrat Krabbe wegen der gegen Baumgarten erhobenen Beschuldigung, derselbe habe seinen Amtsbeid gefälscht und ungescheit gebrochen, zur Verantwortung zu ziehen, ist der Anlaß geworden, daß sich

in Rostock 18 Männer, darunter mehrere Kaufleute, Gutsbesitzer, Rentiers ic. vereinigten, an Konfessorialrat Krabbe eine Erklärung des Inhalts zu richten, daß sie ihn nach der Christenpflicht für gebunden erachten, seine öffentliche Beschuldigung zurückzunehmen. Diese in mehreren Exemplaren in Umlauf gesetzte Erklärung wurde von 600 Bewohnern der Stadt unterschrieben und demnächst an den zur Zeit als Mitglied der theologischen Prüfungskommission in Schwerin verweilenden Konfessorialrat Krabbe abgesandt. Inzwischen hat jedoch die Regierung den Rath der Stadt Rostock aufgefordert, die achtzehn Leiter des Unternehmens zu einem polizeilichen Verhör zu ziehen. In Folge davon hat der Rath den Senator Dr. Giese, als städtischen Polizeidirektor, mit der Untersuchung beauftragt. Es haben auch bereits Vernehmungen zweier zu den achtzehn gehörigen Kaufleute, Dunchorff und Dundorff, stattgefunden; das Verhör der übrigen wird erwartet. — In einigen Städten, wie Marlow, Grabow, Bülow ic. ist neuerdings die Cholera mit erneuter Heftigkeit aufgetreten und hat die ärztliche Hilfe des Auslands nöthig gemacht, so daß Ärzte aus Greifswald berufen werden müssen. In Folge dieser anhaltenden Epidemie ist denn auch der Personenverkehr auf den mecklenburgischen Eisenbahnen in stetiger Abnahme begriffen, wie dies die Zahlen der amtlichen Eisenbahnberichte beweisen.

Sächs. Herzogth. Weimar, 11. Okt. [Verständigung in der kurhessischen Frage.] Die gestern hier versammelten gewesenen Staatsminister der Großherzogl. und herzogl. sächsischen Staaten haben glaubwürdiger Mitteilung zufolge beschlossen, in der kurhessischen Verfassungsangelegenheit beim Bunde mit Preußen zu stimmen, welches, anknüpfend an den Artikel 4 des Bundesbeschusses vom 27. März 1852, in welchem die hohe Versammlung dem Entwurf der revidirten Verfassung zur Zeit nur im Allgemeinen ihre Zustimmung ertheilt, ohne über die Billigung aller in demselben enthaltenen einzelnen Bestimmungen sich auszusprechen, sich im Interesse des konstitutionellen Prinzips für Aufnahme eines größeren Theils der Verfassung bestimmmungen von 1831 in die Verfassung von 1852 erklären wolle, als dieses seitens des Ausschusses beim Bunde-stag beantragt ist. (F. P. 3.)

Eisenach, 12. Okt. [Einladung.] Der Großherzog hat von dem Kaiser von Russland eine Einladung nach Warschau erhalten und wird in den nächsten Tagen dorthin abreisen.

Großbritannien und Irland.

London, 11. Okt. [Die Grenzhändel mit Amerika.] Das England den aufrichtigsten Wunsch hegt, mit den Vereinigten Staaten in gutem Einvernehmen zu bleiben, oder das bestehende gute Einvernehmen zu einem noch besseren zu machen, wird kein verständiger Amerikaner bezweifeln und kein ehrlicher, der nicht geradezu auf den Kopf gefallen ist, längnen. Auch wird man in den besseren Kreisen der Union, wo es sich nicht darum handelt, politisches Kapital zu machen, dieser freundlichen Gesinnung wohl freundlich entgegenkommen. Leider befinden sich die leitenden Staatsmänner Amerikas in einer belästigenden und herabwürdigenden Abhängigkeit von dem Geschrei des Volkes. Die „Times“ macht heute ziemlich stark Front gegen General Harney und meint, die Verjährlichkeit sei eine ganz gute Sache; doch zeigt die Zeit gekommen, die britischen Rechte an den Festen des kleinen Kreises zu wahren, wofern man nicht für immer die Engländer als Nation gehörnde Stellung einzuführen wolle. „Die Art“, sagt sie, „in welcher der Invasionplan entworfen und ausgeführt wurde, spricht nicht günstig für die moralische Haltung und das Ehrgefühl des republikanischen Generals. Aus der Korrespondenz zwischen Gouverneur Douglas und Harney stellt sich unzweifelhaft heraus, daß Letzterer ein höchst unbedeutendes Ereignis als Vorwand benutzt, um einen längst vorbereiteten Plan auszuführen. Schon seit Monaten, ja, seit Beginn des Jahres, scheint der Beschuß zu einem bewaffneten Einschreiten gefaßt worden zu sein.“ Uebrigens glaubt die „Times“, daß, wenn es jetzt zu Feindseligkeiten zwischen der britischen Kolonie und den Amerikanern kommen sollte, vermutlich letzterer in Anbetracht ihrer numerischen Überzahl der Sieg verbleiben werde. Die Sendung des Generals Scott begrüßt sie als ein Zeichen verhältnißhafter Gesinnung und erwartet, daß die englische Regierung diesem Schritte mit entsprechender Höflichkeit entgegenkommt, und daß daraus die friedliche Lösung einer Frage entspringen werde, welche „durch die Dürkösfigkeit und Thorheit von ein paar Leuten zwei große Nationen gefährdet“ habe.

— **[Tagesnotizen.]** In Chatham ist von der Admiraltät Befehl eingetroffen, die schwimmende Batterie „Trusty“, die kürzlich einem armstrongen Geschütze als Zielscheibe gedient hat, vorzeitig nicht auszubessern, damit ein genauer Bericht über die Natur und Ausdehnung ihrer Beschädigung abgefaßt werden könne. — Die Festigungsarbeiten der Insel Guernsey werden mit unterbrochenen Eifer fortgesetzt. Lieutenant Buckle ist dieser Tage dahin beordert worden, sie zu überwachen. — Die Offiziere und Matrosen der vom Nordpol heimgekehrten Schraubenvacht „Fox“ haben ihrem Kapitän, F. L. Clinton, als Zeichen ihrer Unabhängigkeit und Achtung einen goldenen Chronometer verehrt. — Die in London angefeindeten deutschen Bäcker ziehen am 3. d. Abends ein Meeting und beschlossen, sich den englischen Bäckern in ihrer Opposition gegen die Nachtarbeiten anzuschließen und auf Reduzierung der Arbeitszeit von 18 auf 12 Stunden zu bestehen.

— **[Ueber den „Great Eastern“]** schreibt man der „Times“ von Portland: „Es hat nicht wenig Mühe und Arbeit gefehlt, um das Schiff so weit zu bringen, daß es diese Küstenfahrt wagen konnte. Ungeliebter viel wird noch zu thun sein, bevor es seine funksame oder sechzehn Knoten in der Stunde läuft, ist schwer zu sagen. Sonnabend Nacht und Morgen wird das Schiff mit geringer Dampfraft Kanal hinab, stets jedoch auf See weile vom Lande, fahren und Sonntag nach 10 Uhr den Dampf von den Schaufelradmaschinen abschließen und 4 Stunden lang bloß mit der Schraube gehen. Es versteht sich, daß währenddessen die Zahl der Umbredungen genau beobachtet werden wird. Die Direktoren sind entschlossen, beide Maschinen auf die stärkste Probe zu stellen, die sich Lebensgefahr antstellen läßt, um, wenn irgend ein Theil versagt, die gründlichste Reparatur vorzunehmen, ehe drei Minuten in der Minute aushalten, sind sie probat. Die Schraubenmaschinen zeigen jetzt 44 in der Minute, ohne heiz zu werden; und leicht werden sie auf 53 bringen. Während der Probefahrt befinden sich bloß die in Verbindung stehenden Fachmänner an Bord; die Direktoren Bold und Cambell, der Oberinspektor von Seiten des Handelsamts, Kapitän Robertson, mit seinen Gehülfen, zwei Vertreter des verstorbenen Bruzel und Professor Frazer.“ Aus Holyhead (Rüste von Wales) hat die „Times“ unter dem gestrigen Datum folgende telegraphische Depesche erhalten: „Der „Great Eastern“ ist heute Nachmittags um 3½ Uhr angekommen, nachdem er seine Rundfahrt unter den günstigsten Verhältnissen zurückgelegt hatte. Die durchschnittliche Geschwindigkeit während der ganzen Fahrt betrug etwas über 13 Knoten, obgleich der größere Theil der Zeit über die Maschinen mit nicht mehr als halber Kraft arbeiteten. Die Erfrischung war zu allen Zeiten eine höchst geringe, obgleich das Wetter sehr windig war und die See zu Zeiten hoch ging. Das Schiff war stets unter der vollkommenen Leitung. Es wurde sowohl mit der Schraube wie mit dem Rade, sowohl mit beiden zusammen wie einzeln, Versuche angestellt, und in beiden Fällen mit vollkommenem Erfolge.“

— **[Die Invasionsexpeditionen.]** Die „Saturday Review“ bestätigt sich wieder einmal mit dem Gedanken einer französischen Invasion in Eng-

land. Man wisse aus zuverlässigen Reiseberichten, daß alle Klassen des französischen Volkes seit einiger Zeit von einer Expedition gegen England als einer Gewissheit sprechen; die kaltblütigsten und vorsichtigsten beständen nur auf den Nothwendigkeit gehöriger Voranfalten und glaubten, daß die Rüstungen vor 18 Monaten nicht vollendet sein würden. Daß die Armee so denke, begreiflich, aber merkwürdig sei die Anzahl der Bürgerlichen, die in den Wunsch der Armee einstimmten. Die Geistlichkeit sei ganz anglophobisch und das „Univers“ predige die Plünderung der englischen Bank in demselben Tone, mit dem man einst den Kreuzzug zur Eroberung des heiligen Grabes gepredigt. Von den Legitimitisten gelte dasselbe. Und selbst die geldmachenden und bessigenden Klassen begännen zu sagen, daß Alles besser wäre, als die Geschäftsstodung in Folge der jetzigen Ungewißheit. Die „Saturday Review“ neigt zu der Ansicht, daß der Kaiser möglicherweise trotzdem Allem nichts Ernstes gegen England im Schilde führe, sondern den Britenhaß als Ableitung und als antisliberales Element mit Vorsicht und Takt benutzen zu können glaube. Die Pflicht Englands sei, die Idee einer Invasion für Frankreich so gefährlich als möglich zu machen; habe die englische Regierung ihre Küsten in Vertheidigungszustand gesetzt, dann dürfe sie mit Frankreich im verhöhltesten Tone sprechen, ohne ihre Motive einer Mäßdeutung auszusetzen. Unheil anrichten könnte im Grunde nur eine Uebermacht, und von einer solchen könne heutzutage keine Rede sein. Einem Krieg gegen England aber würde Frankreich nicht länger als 6 Monate aushalten.

[Die Denkschrift der provisorischen Regierung der Romagna.] Die "Morning Post" verbreitet sich über die Denkschrift, welche die provisorische Regierung der Romagna am 3. Oktober an die Großmächte erlassen hat (1. gestr. 3.) und stellt sie in Bezug auf Geschicklichkeit der Darstellung und Kraft der Beweisführung hoch über das sardinische Rundschreiben Da-bormida's. "Die Regenten der Romagna", bemerkt das genannte Blatt unter anderm, "sprechen ohne Bedenken ihre tiefe Verehrung für die geistliche Autorität des Oberhauptes der Kirche aus. In der Thatthun sie dies angelegenlich, weil sie überzeugt sind, daß die Unterscheidung zwischen geistlicher und weltlicher Gewalt den Grund und die Rechtfertigung all ihrer Handlungen, Proteste und Forderungen bildet. Ohne sich auf eine allgemeine Größerung der Frage einzulassen, ob die römische Kirche der weltlichen Gewalt überhaupt bedarf, führen sie die unbestreitbare Thatthecke an, daß die geistlichen und weltlichen Interessen des heiligen Stuhles sehr oft in geraden Widerspruch miteinander gerathen sind. Dieselben Beweisgründe, deren wir uns bei Besprechung des italienischen Bundesprojekts bedienten, werden in der Schrift gebraucht, um nachzuweisen, daß der Papst unmöglich ein wirklicher Zivilregent der römischen Provinzen sein könne. Was über das Prinzip der weltlichen Gewalt gefragt wird, über seinen ausschließlich politischen, nichts weniger als unwandelbaren und unfehlbaren Charakter, stimmt nicht etwa bloß mit den Ansichten protestantischer Schriftsteller überein, sondern mit der Auffassung aller gesunden Autoritäten der gallikanischen Kirche, mit denen italienischer Theologen, wie Bischof Ricci, Philosophen wie Gioberti und katholischer Reformatoren wie Rosmini. Wohl mögen die Verfasser der Denkschrift zu einer historischen Untersuchung der Art und Weise, wie die Territorialmacht der Päpste entstanden ist, herausfordern, und die Behauptung, daß der heilige Stuhl je Kraft eines göttlichen Rechtes über ein Stück Land herrschte, bestreiten. "Mein Reich ist nicht von dieser Welt!" erklärte der Stifter des Christenthums, während die territorialen Erwerbungen gar sehr weltlichen Ursprungs sind. Kriege und Verträge, Intrigen, Revolutionen und Kongresse, eine angebliche Schenkung im vierten Jahrhundert u. s. w., dies waren die entschieden menschlichen Ursachen der weltlichen Herrschaft Roms. Und wenn die Ursachen nicht göttlichen Ursprungs waren, so wird man, denken wir, ihren Früchten noch weniger einen solchen Charakter zuschreiben."]

London, 13. Okt. [Teleg r.] Die Königin verläßt heute Balmoral und begiebt sich nach Nordwales. — Der Ingenieur Stephenson ist gestorben. — „Daily News“ besorgt einen kriegerischen Zusammenstoß in Zentralitalien.

Franzreich

Paris, 11. Okt. [Klerikale Kundgebungen.] Die „Protestation“ des Bischofs von Orleans geht wie ein Lauffeuер durch die ganze katholische Presse und hat selbst in Irland ihr Echo. Daß man, nachdem die Hirtenbriefe der Monseigneurs von Poitiers, Arras und Algier keinen großen Effekt gemacht, den als liberal und gallifanisch verschrienen Akademiker von Orleans in die Schranken gerufen, beweist wieder einmal viel für die feste Organisation einer Kirche, in welcher selbst die widerspenstigen Mitglieder den höheren Zwecken dienen müssen. Mgr. Dupanloup ist übrigens vor Kurzem erst aus Rom zurückgekehrt, aus der ewigen Stadt, die schon für so manchen kirchlichen Saulus zum Damaskus geworden. Er mußte wahrscheinlich für seine Beklehrung die Bürgschaft erhöhten Eifers und des entschiedenen Bruches mit seinen bisherigen Gesinnungsgenossen geben, und hat deshalb die französische Politik in einer so direkten Weise, die er selbst als „Protestation“ bezeichnet, angegriffen, daß gerade eine liberale Regierung, welche durch ihren Liberalismus befähigt wäre, den Ausschreitungen der Kirche unbefangener und offener entgegenzutreten, sie niemehr geduldet haben würde. Wenn Ledermann das Recht freier Meinungsäußerung hat, so haben es auch die Bischöfe, aber nur als Privatpersonen, nicht als geistliche Würdenträger, und die Befugniß, durch einen Missbrauch amtlicher Autorität die Gewissen zu beunruhigen, sollte Niemanden zustehen. Die Anhänger der entgegenstehenden Theorie behaupten freilich, daß die weltliche Macht des Papstes als Garantie für seine geistliche Herrschaft unentbehrlich sei und ein Bischof darum auch die Erlaubniß habe, in seinem Hirtenbriefe den Aufstand der Legationen zu besprechen. Dem aber könnten z. B. die Legationen erwiedern, daß das Papstthum bis zum Wiener Kongresse ohne sie bestanden habe, und wahrscheinlich glänzender und besser als jetzt, ja daß der Besitz dieser widerstreitenden Provinzen mehr zur Herabsetzung, als zur Erhöhung des päpstlichen Ansehens und der päpstlichen Macht beiträgt. (N. 3.)

— [Tagesbericht.] Der Marschall Mac Mahon, Herzog von Magenta, ist, nachdem er die Hauptplätze im Norddepartement besucht, wieder hierher zurückgekehrt. — Der Marschall Niel hat sich von Toulouse nach Bordeaux begeben, um dort den Kaiser zu empfangen. — Die „Correspondance Savas“ bezeichnet es als falsch, daß Thouvenel in Konstantinopel Schiffe verlangt habe, um darauf die dort wohnenden Franzosen in Sicherheit zu bringen. — Der Marquis d'Azeglio, sardinischer Gesandter in London, ist hier angekommen, desgleichen der Marschall Herzog von Malakoff. — Graf Watewest ist von Biarritz nach Cielles zurückgekehrt, wo er heute mit dem nach Warschau reisenden Grafen Küsseloff eine Unterredung hatte. Am Mittwoch wird er zu Empfange des Kaisers wieder hier sein. — Dem „Pays“ zufolge ist die Nachricht, daß Frankreich sich von den Marquises Inseln zurückgezogen habe, falsch. Es sind nur die auf den minder wichtigen Inseln ausgestellt gewesenen Posten eingezogen worden; doch darf diese Maßregel, die nur getroffen worden, weil das Land vollständig ruhig ist, nicht so aufgefaßt werden, als gebe Frankreich damit seine Rechte und sein Gebiet auf. — In Dieppe sind 18 junge Perser,

denen einer Christ ist, angekommen, um in dem dortigen Kollege auf Kosten des Schahs von Persien erzogen und ausgebildet zu werden. — Die piemontesischen Unterthanen in Rom werden nach der Abreise des sardinischen Gesandten unter französischen Schutz gestellt werden. — Das in Besançon verloren gegangene und telegraphisch durch ganz Frankreich versuchte Kind wurde schon wenige Stunden nach dem VerSchwinden derselben wiedergefunden und seinen Eltern zurückgebracht. Der Vater ist Artillerie-Quartiermeister am Arsenal. — Die Pariser Stadtbehörde hat beschlossen, den Bau von zehn Kirchen in längstens drei Jahren auszuführen. — Kürzlich hat man den Versuch gemacht, ein Dampfschiff aus einem Boot auf anderm Wege als durch die Meerenge von Gibraltar von London nach der Westküste Frankreichs zu schaffen. Der Versuch ist auch vollständig gescheitert. Das Fahrzeug ging nämlich von Toulon nach Tete, von da in den Südkanal und durch die Garonne nach Bordeaux. Man hofft, mittelst einiger Neubauten am Kanal diese Fahrstraße auch für etwas gröhere Schiffe gangbar zu machen.

— [Das „Pays“ über die bischöflichen Rundschreiben.] Das „Pays“ enthält folgende Mittheilung: „Mehrere höchst angesehene Prälaten, gerechter Weise mit den Interessen der Religion beschäftigt, die ihnen in der italienischen Frage berühr zu sein scheinen, haben seit einigen Tagen Rundschreiben und Ermahnungen erlassen, in denen sie die gegenwärtige Lage der päpstlichen Staaten beklagen. Wir haben uns bisher der Veröffentlichung derselben enthalten; da dieselben aber jetzt an Umfang zunehmen so müssen wir unser Schweigen brechen und unsere Leser darauf aufmerksam machen. Die ehrwürdigen Bischöfe haben geglaubt indem sie sich direkt an das Publikum wenden, einer ihnen theuren Sache einen Dienst zu erweisen. Das ist ein Gefühl und ein Recht vor dem wir uns ohne Kritik beugen. Als Christen sind wir der Autorität der Kirche unterthan. Ereignisse sind in der italienischen Sache eingetreten und entwickeln sich; ihren Verlauf mag man, se er wie er wolle, mit Sicherheit und Vertrauen abwarten, denn der Kaiser überwacht sie mit seiner Weisheit, wie er sie beherrscht mit seinem ganzen Nuhm und all seiner Macht.“

[Das Rundschreiben des Bischofs von Orléans.] Hr. Prevost-Paradol macht im „Journal des Débats“ folgende Bemerkungen über das Rundschreiben des Bischofs von Orléans:

„Allerdings verlangen wir nicht von den Bischöfen, sich zu Richtern und Zensoren der päpstlichen Regierung aufzuwerfen; Nichts ist unsern Absichten fern. Wenn aber die Bemerkungen des Bischofs von Orleans sich an Andere als an die Mitglieder der Geistlichkeit richten, so würden wir seine Bedenken nicht theilen können. Es ist nicht erst seit heute oder seit gestern, daß die öffentliche Meinung im Einverständniß mit allen aufgeklärten Regierungen Europas auf die Missbräuche hingewiesen hat, welche in der weltlichen Regierung des Papstes bestehen; die öffentliche Meinung und die europäischen Kabinete haben nicht erst auf eine Krise gewartet, um diejenigen Reformen zu verlangen, welche der Krise vorgebeugt haben würden. Wenn die päpstliche Regierung

diese Rathschläge begolgt hätte, wenn sie diesen Forderungen in ruhigen Zeiten nachgekommen wäre, so würde man nicht in der harten Nothwendigkeit sich befinden, sie unter Prüfungen und drohenden Gefahren zu erneuern. Wenn diese Reformen nützlich, wenn sie gerecht sind, so begreifen wir nicht, worin die Rathschläge, welche man in diesem Sinne an die päpstliche Regierung richtet, kann. Etwas von ihrer Angemessenheit und ihrer Zeitgemäßheit verloren hätten; wir sehen nicht, wie die, welche ihm diese Rathschläge gaben, gegen die dem Papste schuldigen Rückstichten verzogen. Ganz im Gegenteil, wir glauben, daß die Vertheidiger des heiligen Stuhls seiner Sache und seinen wahren Interessen besser dienen würden, wenn sie ihm den Rath ertheilten, den Wünschen seiner Unterthanen und den Forderungen Europas nachzugeben, als in dem sie, wie der Bischof von Poitiers, behaupten, die päpstliche Regierung stehe über allen modernen Regierungen, woraus man offenbar schließen muß, daß die begehrten Reformen unnütz sind. Das ist allerdings nicht die Meinung des Bischofs von Orleans; er glaubt nicht, daß Alles zum Besten sei und daß es in der weltlichen Regierung des Papstes nichts zu reformieren gäbe; so wenigstens glauben wir seine Worte auslegen zu müssen; aber es ist ein Grund mehr für uns, zu bedauern, daß der erlauchte Prälat, wenn er auch in diesen Punkten mit dem Bischof von Poitiers nicht übereinstimmt, dennoch zu denselben Schlussfolgerungen gelangt. Der Bischof von Orleans kennt die Geschichte er wird wissen, daß, wenn einige Regierungen sich durch ihre Schwachheit in das Verderben gestürzt haben, andere deshalb verloren worden, weil sie nicht zu rechter Zeit nachzugeben wußten sc."

— [Die Vorgänge in Italien] Auch der „Ami de la Religion“ spricht sich heute mit großer Heftigkeit gegen die Vorgänge in Italien, besonders in der Romagna aus. Er sagt:

Wir weisen jeden Gedanken einer religiösen Agitation zurück, aber wir finden es unserem Gewissen und unserer Ehre schuldig, offen zu sagen, welches unjere Besorgniß und unjere Beschwerden sind. Das Unfelle und Unerträgliche der gegenwärtigen Lage ist, daß, nachdem Frankreich die Sache der italienischen Unabhängigkeit mit seinem Einfluß und seinen Waffen unterstützt hat, es nun ohnmächtig sein soll, deren Ergeß niederzuhalten. Was uns empört, das ist die Straflosigkeit der wahren Anstifter der Unordnungen in der Romagna, das ist der strafbare Ergeß, das find die illoyalen Intrigen einer Regierung, die es uns verdankt, der Gewalt Desfrechts entkommen zu sein und die, Dank Frankreichs, ihre Staaten um eine herrliche Provinz vergrößert sieht. Was uns schmerzt, das ist, daß die italienischen Banditen, welche 1849 auf Frankreichs Soldaten schoßen und der geistigen und weltlichen Gewalt des Papsthuma ewigen Haß schworen, daß diese Räuber nun auf päpstlichem Gebiet triumphieren, Dank des Umtrieben eines mit Frankreich verbündeten Fürsten. Was uns tief bewundert, das ist, daß, nachdem wir mit unseren Waffen einen italienischen König beschützten, welchen seine Politik wenig der Achtung der Katholiken Frankreichs empfahl, wir nun darauf verzichten sollen, das Oberhaupt der Kirche, den Vater, den Millionen und abermals Millionen Franzosen verehren, gegen einige empörte Unterthanen und die italienischen Abenteurer, ihre Mitschuldigen, zu vertheidigen. Was uns schmerzt, das ist, daß die Drohung der Revolutionen und die vollzogene "Thatfaß" einer Revolte in Händen der Diplomatie ein für die Würde des heiligen Vaters demuthigendes Zwangsmittel werden soll.... Was

rum sollen wir die dem heiligen Vater bereitete Lage länger ertragen? Etwa um dem Papst als Preis der Wiederherstellung seiner Autorität sogenannte Reformationen aufzuzwingen?... Etwa um dem Entschied eines Kongresses die Bedingungen und die Ausdehnung der weltlichen Gewalt des Papstes anheimzustellen?... Als älteste Tochter der römischen Kirche wird Frankreich stets die bewaffnete Schützerin der Rechte der Päpste sein, nie unehrenhaftige Vormünderin derselben werden.... Was wir sagten, daß ist der Ausdruck unsers französischen Patriotismus.... Organ der öffentlichen Meinung, müssen wir die Regierung unsers Landes aufklären über die Gefahren eines allzu leidenden, allzu duldsamen Verhaltens Angesichts der Anforderungen des Königs von Piemont und der Vorfälle in der Romagna. Diese jammervolle Folge unserer Siege und unsers auf den Schlachtfeldern Italiens vergossenen Blutes erregt Ekel und empört unser Nationalgefühl. Recht muß werden! Wir fordern von der kaiserlichen Regierung endlich daß sie, was den heiligen Vater betrifft, das Programm des italienischen Friedens erfülle.... Bis zum letzten Tage werden wir auf Ausführung des kaiserlichen Programms hoffen; aber wenn wir die Ohnmacht der Politik Dunkelheit auf Dunkelheit häufen sehen, dann können wir nicht umhin, wie unsere Bischöfe es gethan, laut unsre Missbilligung auszusprechen, gegen die Feinde des Papithumus.

— [Ein Kom prom iß.] Man will heute wissen, Russland und England seien über die italienischen Angelegenheiten einig geworden; die Sprache der Petersburger Journale gegen die Unabhängigkeit der Verträge von 1815 unterstützt die Meinung, daß Fürst Gortschakoff im Einverständnis mit Russell den Italienern die Selbstbestimmung und die unabhängige Gestaltung ihrer inneren Einrichtungen vindiziren werde. Lord Cowley's Befriedigung nach der Rückkehr von Biarritz wird als ein Beweis dafür angeführt, daß auch der Kaiser sich diesem Einverständnis angeschlossen habe und die Nebereinstimmung der drei Mächte gilt als eine Bürgschaft, daß die Angelegenheiten Italiens nach den Wünschen der Italiener und zur Befestigung des Friedens geordnet werden sollen. (Bh.)

Marseille, 12. Okt. [Revolte in Tunis.] Die hier eingegangenen Journale aus Malta melden, daß sich bei dem Be- gräbniß des Bey von Tunis neue Szenen von Fanatismus gezeigt haben. Die Mauren griffen die Juden an und warfen sie mit Steinen; viele derselben wurden verwundet, einige sogar tödlich. Auch Christen wurden angegriffen und verwundet. Ein Minister des neuen Bey eilte herbei und ließ ungefähr 30 Muselmänner verhaftet, worauf die Ruhe hergestellt wurde. (Tel.)

Schweiz

Bern, 11. Okt. [Tagesnotizen.] Zur Restaurirung des Universitätsgebäudes in Basel hat der dortige Grossrath 75,000 Fr. bewilligt. Die Universität feiert im nächsten Jahre ihr vierhundertjähriges Bestehen. — Aus dem "Olteren Boten" vernimmt man, daß in Altdorf, im Kanton Solothurn, für die Beerdigung eines dort auf dem Durchmarsch ins Tessin verstorbenen Soldaten des Solothurner Bataillons Nr. 44 nicht weniger als drei verschiedene Taxen zu je Fr. 4. 50 für Einkauf in drei Bruderschaften verlangt worden sind. — Die Regierung von Aargau hat nach dem "Aarauer Tagblatt" in einem Spezialfall verordnet, daß bei einer Buße von 10 Fr. kein Schlachtvieh, bevor es drei Wochen alt ist, auf die Schlachtkanz geliefert werden darf. — Auf der Unterengadiner Alp Barlass ist ein $3\frac{1}{2}$ zentneriger Bär erlegt worden.

Zürich, 9. Okt. [Telegraphisches; Konflikt; Werbung.] Der Bundesrat hat dem Staatsrat von Neuenburg gestattet, das dortige Observatorium mit der Telegrapheuline zu verbinden, damit den Uhrenfabriken täglich die Stunde signalisiert werden könne. — Bei der französischen Regierung verwendet sich die Bundesbehörde für Auslieferung des Gorgerad, welches von der Gendarmerie zu Locle ohne Ermächtigung der kompetenten Behörden an die französische Amtsstelle ausgeteilt wurde. Die Sache kam jüngst auch im Grossen Rathe von Neuenburg zur Besprechung und die eigenmächtige Preisgebung der schweizerischen Prärogative durch die Polizei von Locle erfuhr eine scharfe Verurtheilung. Der dortige Polizeileutnant wird vor Disziplinargericht gestellt. — Mittheilungen aus Neapel berichten, daß aus den Trümmern der früheren Schweizerregimenter und mittelst neuer Werbungen zwei neue Jägerbataillone gebildet werden sollen. Die Werbungen für den holländischen Kriegsdienst werden in der Schweiz sehr schwunghaft betrieben.

Zürich, 10. Okt. [Die Herzogin von Parma; Konferenz] Die Herzogin-Regentin von Parma hat das jetzt von den französischen, österreichischen und sardinischen Bevollmächtigten bewohnte Hotel "Baur" für die Zeit vom 1. November bis zum 15. April 1860 gemietet. — Gestern haben die drei Diplomaten eine Konferenz gehalten. Es wurden nach Turin und Wien Kuriere abgeschickt. Die Berathungen scheinen sich noch einige Zeit verlängern zu wollen.

Spanien

Madrid, 5. Oktober. [Empfang der Kammer derputationen; Geschwader.] Die heutige „Gaceta“ meldet: Gestern um 3½ Uhr Nachmittags empfing J. Mai. die Königin die Kommissäre beider Kammern, welche ihr zum Geburtstage ihres königlichen Gemahls Glück wünschten: Ihre Majestät erwiederte der Deputation des Senats: „Meine Herren Senatoren! Ich sehe mit dem lebhaftesten Vergnügen, daß der Senat sich mir und meinem hohen Gemahle anschließt, in den Tagen des Glücks, welche die göttliche Vorsehung uns schenkt. Ich weiß, daß das Glück seiner Souveräne nöthig ist zum Glücke des biedern Volkes, dessen Geschicke der Himmel unserer Sorgfalt anvertraut hat. Ich strebe unaufhörlich dahin, daß meine Regierung eben so erproblich und eben so glorreich sei, als zu den besten Zeiten der Monarchie, und wenn Gott meine Wünsche erhört und mein Streben unterstützt, wie bis zu diesem Tage, so wird die Nation, frei von innerem Zwist, ungetheilt geschaart um meinen Thron, den Rang wieder einnehmen, zu welchem Geschicke und Mittel sie berufen.“ Der Deputation der Abgeordnetenkammer erwiederte Ihre Majestät: „Meine Herren Abgeordneten! Ich empfange mit lebhaftestem Vergnügen die Huldigung der Kammer der Abgeordneten, an diesem feierlichen Tage. Die Wohlfahrt der edlen Nation, deren Geschick die Vorsehung mir anvertraute, ist mein einziger Ehrgeiz. Ihre Vermehrung ist das Ziel meines unausgefeilten Strebens. Um die Verwirklichung meiner Wünsche zu erreichen, zähle ich auf die Mitwirkung der Abgeordnetenkammer, der treuen Vertreterin des Volkes, deren Wünsche für das Glück meines vielgeliebten Gemahls und der königlichen Familie ich mit lebhafter Befriedigung entgegennehme.“ — Das Geschwader, welches in der Bucht von Algeciras vor Anker liegt, besteht nach der „Iberia“ aus der Fregatte „Perla“, der Goelette „Villa de Bilbao“, den Dampfern „Isabel II.“, „Palinno“, „Marques de la Victoria“, „Vasco Nunez“, „Alecto“ und „Santa Isabel“.

und „Sta. Isabel“. Madrid, 8. Okt. [Französisches Gejchwader.] Gestern sind in Algeciras 5 Kriegsschiffe und 2 Fregatten unter französischer Flagge angekommen; sie wurden von einem Vizeadmiral befiehlt. In Ceuta ist alles ruhig.

Ausland und Polen

Petersburg, 5. Okt. [Zensur; Gnadenbezeugung; Schneefall; die chinesischen Angelegenheiten.] Der heutige „Invalide“ berichtet, daß seine geistige Revue „aus Gründen, die von der Redaktion unabhängig sind“, nicht hat veröffentlicht werden können. Es ist dies die gewöhnliche Form, in welcher die Zeitungen Zensurhindernisse seit einiger Zeit anzugeben gewöhnt sind. — Der Kaiser hat unter zahlreichen Gnadenbezeugungen der letzten Zeit auch die evangelische Kirche nicht vergessen, indem der Vizepräsident des evangelisch-lutherischen Konistoriums von Ließland, Dr. Walther, zum lutherischen Bischof ernannt worden ist. — In Nischnie Tagilsk ist am 17. v. M. ein so starker Schneefall gewesen, daß am nächsten Tage der Schlittenweg hat eröffnet werden können. — Die „Nordische Biene“ fährt fort, sich mit besonderer Sachkenntniß mit den chinesischen Angelegenheiten zu beschäftigen, die auch in den anderen Blättern ein stehendes Thema bilden. In ihrem heutigen Leitartikel widerlegt sie zuerst die Behauptung, als seien die Gegner der Alliierten in den Petchosorts Mongolen gewesen, die vielmehr jetzt ganz unkriegerisch seien. Es seien chinesische oder richtiger Mandchu-Truppen gewesen, von denen sich 100,000 Mann in Peking befinden. Nur der Kommandant des Forts Senn-sen-van, dessen eigentlicher Name Sengewintschén (Löwe der Kost-

barkheit ist, sei ein Mongole und habe schon in den vierzig Jahren das Artilleriekorps kommandiert. In dem letzten Kriege hätten die Chinesen zum ersten Mal von den Bündhütchen gehört und sich wegen ihrer Bereitstellung an die russischen Missionäre in Peking gewendet, die aber darüber nicht Bescheid gewußt. Nachher hatten dieselben jedoch erfahren, daß die Chinesen Knallsilber zu Bündhütchen in aus Russland eingeführten Flaschen bearbeiteten. Ein lebhafter Verkehr mit Russland besteht also jedenfalls, und der Artikel der „Nord. Biene“ verhöhnt auch die europäischen Diplomaten und Publizisten wegen ihrer gänzlichen Unkenntnis der chinesischen Verhältnisse. Was endlich die angeblich auf den chinesischen Batterien gesprochenen russischen Worte betrifft, so wird bemerkt, daß noch heute in chinesischem Dienst eine Kompanie aus den Nachkommen der vor 150 Jahren in Albasin (der bekannten Festung am Amur) gefangen genommenen Kosaken steht, die dem russischen Glauben treu geblieben sind und auch die Sprache beibehalten haben. (Schl. 3.)

[Wladimir-Kloster; Wladimir-Universität; Abiturienten-Prüfungen.] Ende August ist das auf den Ruinen des alten Wladimir-Klosters neuerrichtete Gotteshaus am Gestade der Krim eingeweiht worden. Es bezeichnet die Stätte, wo der für die russische Kirche apostolgleiche Heilige Großfürst Wladimir, der das Christenthum von südländischen Gegenden dahin brachte, das Ufer betrat. Der Kaiser hat dem Gotteshaus einen Theil der in der Kapelle des Winterpalais aufbewahrten Reliquien des St. Wladimir übergeben. — Die Wladimir-Universität zu Kiew (eine hauptsächlich von dem polnischen Adel jener Gegenden besuchte Hochschule) hat am 12. September ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen gefeiert. — Die „Petersburger (russische) Zeitung“ vom 17. September bringt einen Bericht der Petersburger Universität über das Resultat der eben abgehaltenen Admissions-Prüfung der Kandidaten, welche die Universität in diesem Herbst beziehen wollen. Von 328 zur Prüfung angemeldeten Kandidaten wurden nur 73 zur Annahme befähigt gefunden. Über die geringe Vorbildung der jungen Leute, besonders solcher, welchen in dem elterlichen Hause durch sogenannte Gouverneure der Unterricht ertheilt worden war, wird bittere Klage geführt.

[Von Kaukasus] dürften noch in diesem Jahre wichtige Nachrichten zu erwarten sein. Wie es scheint, bereitet man sich zu einem entscheidenden Unternehmen gegen die noch nicht unterworfenen Bergvölker vor. Am rechten Flügel der Kaukasuslinie wird ein großes Expeditionskorps konzentriert, bei welchem der Oberstkommandirende Fürst Variatiniski noch im Laufe dieses Monats eintreffen wird. — Der „Nordische Biene“ zufolge wird Schamyl 5 Tage in Moskau und 8 Tage in Petersburg bleiben, seinen bleibenden Wohnsitz aber in Tula (nicht Kaluga) nehmen.

Petersburg, 7. Okt. [Unterwerfung des Kaukasus.] Der „Kawfas“ enthält folgende Nachrichten vom rechten Flügel des Kaukasus: Gleichzeitig mit der Unterwerfung des östlichen Theils des Kaukasus sangen auch die feindlichen Stämme des rechten Flügels an, die Unmöglichkeit einzusehen, sich ferner der russischen Macht zu widersezen. Gleich nach der vor Kurzem erfolgten Unterwerfung der Bshedchen erschienen bei dem General-Lieutenant Philippson, in der Befestigung Psehai, gegen 150 Fürsten und Aelteste der zwischen der Laba und Bjelaja wohnenden Stämme der Temirgojewen, Machoschewen, Segorutajewen, Besslenjewen und der jenseits des Kuban sich aufhaltenden Karabdinzen und Schachgirezen. Diese Deputation sprach im Namen des ganzen Volkes ihre Unterwerfung unter die russische Regierung aus, und zwar auf dieselben Bedingungen hin, auf welche sich die Bshedchen unterworfen hatten. Die hier genannten Stämme haben sich verpflichtet, uns auf unsern Verlangen Geiseln zu liefern und sich in großen Auls an den Orten niederzulassen, welche ihnen von uns angewiesen werden. Zur Leistung des Eides auf die treue Unterthanenschaft sind ihnen Termine und Sammelplätze bestimmt worden, die Übersiedlung aber der Auls hat der General-Lieutenant Philippson bis zum Frühjahr des nächsten Jahres hinausgeschoben, wo dieselbe für das Volk mit weniger Schwierigkeiten verbunden ist.

Däneمارك.

Kopenhagen, 10. Okt. [Das Budget; Erklärung Thomsons; Gericht.] Zur Charakteristik des gegenwärtig vorliegenden Budgets verdient hervorgehoben zu werden, daß der Beitrag der einzelnen Landesteile für das nächste Biennium im Vergleiche zu dem für die laufende Periode um 1,900,000 Rthlr. vermehrt werden soll, so daß Holstein allein, obwohl es nach der Staatsrechnung für 1858—1859 in diesem Jahre bereits eine Unterbilanz von 100,000 Rthlr. hatte, im nächsten Jahre noch 190,000 Rthlr. mehr als im gegenwärtigen an die „Gesamtstaatskasse“ zu zahlen haben würde. Der Beitrag Schleswigs würde im nächsten Jahre ebenfalls um ca. 150,000 Rthlr. vermehrt werden müssen, nach der Staatsrechnung für 1858—1859 hat die Verzinsung und Abbezahlung der Staatschuld im vorigen Jahre eine Ausgabe von etwa 6½ Millionen Rthlr. veranlaßt. Am Schlusse des Finanzjahres betrug die Staatschuld 111,872,993 Rthlr. Das Kapital der gemeinschaftlichen Staatsaktiven belief sich am 31. März v. J. auf 14,234,155 Rthlr. Das Kapitalvermögen des Sundzollfonds betrug laut der Staatsrechnung am Schlusse des Finanzjahres 556,725 Pfd. Sterl. und 25,669,046 Rthlr. — Nach der offiziellen „Rigaerstadtidende“ lautet der Brief, in welchem Thomsen-Oldenswort dem Präsidenten seinen Entschluß, an den Verhandlungen des Reichsraths nicht ferner Theil nehmen zu wollen, angezeigt hat, folgendermaßen: „In Folge der am heutigen Tage von dem hohen Präsidio abgegebenen Erklärung, daß eines Mitgliedes fortgesetzte Teilnahme an den Verhandlungen des Reichsraths dessen Anerkennung der Kompetenz des Reichsraths enthalte, kann ich, da ich den jetzt tagenden Reichsrath nicht für den verfassungsmäßigen ansehe, an den ferner Verhandlungen der jetzt tagenden Reichsrathsmitglieder keinen Theil nehmen. Da es ja aber, wenn ich auch nicht einsehe wie, möglich sein kann, daß ein verfassungsmäßiger Reichsrath einberufen wird, bin ich nicht Willens, mein Mandat als Mitglied des Reichsraths niederzulegen. A. F. Thomsen.“ — Im Publikum hat die Nachricht von der Neise des Konseilspräsidenten nach Glücksburg zu dem Wiederaufstauen der Gerüchte von einer Ministerialis Veranlassung gegeben. (Pr. 3.)

[Debatte über das Marinewesen.] In der heutigen Reichsratssitzung brachte der Gesetzeswurf wegen Zulagen zum Normalbudget auch die preußische Marine in die Diskussion.

Konsul Alfred Hage wünschte die Vergrößerung der Flotte durch schwere Fregatten und Dampf-Kanonenboote, und nicht durch Einenschiffe. Der Redner wollte das Schiffbauholz aus Italien, Afrika und Honduras herbeigeschafft wissen, statt sonst aus den Ostseestaaten; dann wäre man im Stande, gute und dauerhafte Orlogsfahrzeuge zu bauen. Rücksichtlich des Kostenpunktes könne man ja das Baumaterial durch Kriegsschiffe holen lassen, da diese dann zugleich eine Übungsfahrt machen würden. Ferner kritisierte der Redner das Leuchtfuerwesen, so wie die Befreiung der diesfälligen Beamtenposten, und stellte in seiner ganzen Betrachtung England als Muster auf. Der Marineminister Wüllschmidt antwortete dem Redner in einem derben, eisigen Tone, und wollte sich durchaus auf nichts einlassen. Dänemark müsse sich der bekannten Rede des früheren preußischen Ministerpräsidenten v. Manteuffel erinnern, worin dieser Staatsmann als das Hauptstreben der preußischen Marine die Überflügelung Dänemarks aufgestellt habe. Die königliche Regierung müsse darauf bedacht sein, die dänische Flotte nicht allein so herzustellen, daß sie ihre Küsten gegen einen etwaigen Angriff Preußens vertheidigen, sondern daß dieselbe nötigenfalls auch die preußische Marine in ihrer Heimat aufsuchen und die dortigen Küsten blockieren könne. Bischof Monrad machte darauf aufmerksam, wie es ebenso leicht möglich sein könnte, daß Dänemark auf der Seite Preußens als gegen Preußen kämpfen müßte. Als darauf noch Amtmann Orla Lehmann gesprochen, wurde die Sitzung aufgehoben. (H. C.)

Kopenhagen, 12. Oktbr. [Der König; Dimission.] In dieser Woche wird der König von Glücksburg nach Kopenhagen zurückkehren. Die beabsichtigte Reise nach Plön ist aufgegeben worden. — Der Kriegsminister Lundbye hat seine Dimission eingereicht; die Ursache ist jedoch nicht politischer Natur.

Türkei.

Konstantinopel, 1. Oktober. [Tagesnachrichten.] Die Nichte des Sultans Mahmud, Hamim Sultan, Tochter des verstorbenen Ahmed Sethi Paşa wird sich nächstens mit dem Sohne Mustafa Ali Paschas vermählen. — Das Gericht, der Bruder des Sultans, Abdul Aziz Effendi, wurde in Folge der entdeckten Verschwörung gefangen gehalten, wird vom „Journal de Constantinople“ indirekt widerlegt. Es meldet nämlich, Se. Hoheit habe den Hafen und das Arsenal im Kali durchsucht und sich nach dem habschischen großerlichen Kiosk der süßen Wasser begeben, wo der Prinz gefrischst hat. Se. Hoheit habe den Sonnabend (24. September) auf seiner schönen Befestigung zugebracht, die im Innern des Dorfes Kadiköi gelegen sei. — Das Projekt, mit dem heiligen Stuhle diplomatische Beziehung anzulösen, wurde wieder aufgegeben. — Das „Journal de Constantinople“ erklärt geradezu, in Beirut habe die Pest nie existirt. Die zwei Individuen deren Todesart als verdächtig beschnet wurde, seien am Typhus gestorben.

Konstantinopel, 3. Okt. [Die Verschwörung; Dimission.] Betreffs der Verschwörung werden immer neue Entdeckungen gemacht. Es wird versichert, man habe mordbrennerische Vorrichtungen aufgefunden, dazu bestimmt, das Frankenquartier in Brand zu stecken. Die auswärtigen Gesandten haben Sicherheitsmaßregeln verabschlagt. Zwei Verschworene sind vor den Sultan geführt worden und haben mutwillig ihr Unrecht eingestanden. Der Großvezier hat seine Dimission verlangt; sie ist ihm verweigert worden; es herrscht aber unter den Ministern Uneinigkeit. Eine Auflösung des Ministeriums ist unvermeidlich.

Pera, 1. Okt. [Die Verbreitung des Komplotts.] Je mehr sich die Regierung und ihre Organe Mühe geben, das Komplott auf das kleinste und unbedeutendste Maß zurückzuführen, desto mehr wächst bei dem größten Theil der hiesigen Bevölkerung die Furcht vor dessen Verzweigungen und vor noch nicht be seitigter Gefahr. Hier in der Stadt zeigt sich seit dem Tage der Entdeckung, namentlich unter den Truppen, ein sehr bedenklicher Geist der Streitfähigkeit den Europäern gegenüber, und namentlich legter Tage wurden mehrere derjenigen von bewaffneten Soldaten ohne alle Urtade gräßlich injuriert und mißhandelt. Der Kriegsminister erhielt in Folge dessen mehrere Klagebriefen, und selbst die englische Gesandtschaft soll deshalb Schritte beim Ministerium gethan haben. — Aus der Gegend von Isimboli, Tultcha, Smyrna und Angora laufen Berichte ein, welche die Verzweigung der Konspiration bis dahin bestätigen, und von der deutlich zu Tage tretenden Gährung unter den Türken noch immer eine Explosion befürchten lassen. Allein, wie gesagt, die Regierung, namentlich der energische Riza Pascha, bietet Alles auf, um jede Gefahr zu be seitigen. Wie schon gemeldet, hat die Untersuchungskommission ihre Arbeiten bereits beendet und das Resultat derselben dem Großherrn vorgelegt. Bei der großen Zahl der Kompromittierten (man spricht bereits von 50,000) dürfte es wohl geschehen, daß der Sultan sein Todesurtheil sanktioniert und die Schergenwirten allein ihre Umsturzgelüste mit Eile oder im Bagno bühnen müssen, wenn nicht die großherzliche Weile alle ungestrafft entläßt. Nichtdestoweniger aber faltet sich ein großer Theil der hiesigen Bevölkerung in die „alten Zeiten“ zurück und spricht von zahlreichen heimlichen Hinrichtungen, welche an Sofka's und Khodsha's und einigen Paşa's vollzogen worden sein sollen. — Eine Korrespondenz des „Impartial de Smyrne“ behauptet, die Mutter Djafar Paşa's, eine aus einer angesehenen albanischen Familie stammende und in ihrem Lande sehr einflußreiche Frau, habe einen Hauptantheil an der Verschwörung geabt., und ihrem Sohne (dessen Entkommen immer wahrscheinlicher wird) 1500 Albanen nach Konstantinopel zu Hülfe gefaßt, gleichzeitig aber auch in Albanien selbst einen Aufstand hervorruhen wollen. Der Befehl zu ihrer Verhaftung sei erlassen worden. — Aus Mudana wird gemeldet, daß an die erste Nachricht von der Entdeckung des Komplotts sich Gerüchte über Niedermelegung der Christen knüpften, die dort große Verstüzung hervorriefen. — Der Gedanke der „Presse d'Orient“ vertheidigt sich gegen die Anschuldigung, als habe er an dem Projekte der politischen Organisation, welche die Verschwörer an die Stelle des gegenwärtigen Regierungssystems setzen wollten, Anteil genommen. (Dr. 3.)

Belgrad, 6. Okt. [Die Entlassung der Beamten; Verhängungen.] Es ist bekannt, schreibt der „Pesth. El.“, daß die Skupstchina die Entlassung aller Beamten, welche im Jahre 1842 nur deshalb Berrath an der Dynastie Obrenowitzch übten, um zu höheren Ämtern zu gelangen, oder bei der Staatsklassathaltung etwas in ihren Säckel zu bekommen, beschlossen. Auf der betreffenden Liste sind 160 Beamte und darunter 6 Senatoren, auch finden wir Namen aus der allernächsten jetzigen Umgebung des Fürsten, so daß wir kaum begreifen können, was diese Menschen eigentlich begangen haben mögen, es wäre denn, daß man bemerkte, daß sie den Herrscher hermetisch von seinem Volke abzuschließen trachten. Die Liste dürfte auf 200 steigen. Es heißt, die Skupstchina werde morgen geschlossen werden. — Schließlich bringt daselbe Blatt noch folgende Angaben: Die Skupstchina ist nicht in der Kaserne, „formlich konstituiert“, wird auch nicht mit Naturalost verpflegt, sondern es wohnen die Skupstchinaren in Privatquartieren oder Gasthäusern und sprechen in Kaffee- und Gasthäusern offen über die Arbeiten der Skupstchina. Auch ist Milovan Jankowitsch nicht, wegen antiabsolutistischer Aeußerungen auf Befehl des Fürsten Miloš verhaftet worden, sondern lebt ruhig und unangestört. Es ist daher leicht zu erkennen, daß der Korrespondent der „Temesvarer Zeitung“ seinen Bericht vom 26. v. M. aus nicht ganz klarer Quelle zu schöpfen die Gelegenheit hatte.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 11. Okt. [Ruhestrümpfen.] Gestern Abends haben hier, durch einige Parteimänner veranlaßt, Zusammenrottun-

gen stattgefunden. Die bewaffnete Macht ist eingeschritten und hat die Anführer verhaftet. Die Ruhe ist darauf wieder hergestellt worden.

Afien.

Calcutta, 16. Sept. [Petition; Inspektionstreise; Steuerprojekt.] In einem sehr zahlreich besuchten öffentlichen Meeting ist eine Petition an das Parlament um Anordnung einer Untersuchung über die indischen Angelegenheiten an Ort und Stelle beschlossen. — Der Generalgouverneur trifft im nächsten Monate eine Inspektionstour nach den Nordwestprovinzen und dem Pendjab an. — Der legislative Rath tadelt das Projekt einer Einkommensteuer und verwirft den Artikel, kraft dessen eine Ausnahme zu Gunsten der Angestellten gemacht wird, die drei Prozent vom Einkommen bezahlen sollen.

Bombay, 10. Septbr. [Die Lage des Aufstandes.] Aus den Bezirken, welche noch von den Rebellen durchstreift werden, erfährt man im Ganzen wenig, doch ist es gewiß, daß die Truppen nach Beendigung des Monats wieder in größeren Abtheilungen ins Feld zu rücken genötigt sein werden. Nena Sahib und die Begum von Audi befinden sich noch in Nepal und unterhalten die Unruhen in der Nachbarschaft. In Zentral-Indien streift Siruz Schah umher und benutzt als Basis seiner Operationen die Festung Sirondsch, von wo aus er Einfälle über die Grenze von Bundelkund unternimmt. Zu Ende des vorigen Monats zog er mit seiner Mannschaft in der Nähe von Sangor umher, von wo aus der Oberst Nott mit einer Truppen-Abtheilung abgesandt worden ist, um mit den übrigen gegen Siruz Schah aufgebotenen Detachements zu kooperiren. Nach einem dem Oberbefehlshaber der Truppen der Präfidentschaft Madras, Sir P. Grant, zugekommenden Telegramm soll es dem Obersten Nott gelungen sein, Siruz Schah zu überfallen und ihm eine Niederlage beizubringen; ob man sich seiner selbst hat bemächtigen können, wird nicht gesagt. Auch die Unruhen in Oschapore und Chateria sind noch nicht vorüber. Besonders bedenklich erscheint die Haltung der Baghers an der Küste von Kathiwar, unter denen große Rüstungen im Gange sein sollen. Von Ketsch aus soll ein kleines britisches Truppen-Detachement unter Kapitän Murray gegen sie in Bewegung gesetzt werden. — Die Einschiffung der entlassenen europäischen Truppen der ehemaligen Ostindischen Compagnie nach England hat begonnen.

Zum italienischen Kriege.

Nachträge und Ergebnisse.

Man schreibt der „R. B.“ aus Paris vom 11. Oktober: „Während die Haltung der piemontesischen Blätter gegenüber dem Morde Anvit's alle Anerkennung verdient, erregt die Sprache der offiziellen Presse von Parma über dieses peinliche Ereignis gerechten Unwillen. Die amtliche Zeitung spricht von den Mörfern Anvit's beinahe wie eine liebende Mutter von ihrem Söhnchen, das eine Unart begangen hat, während sie für das hingemarterte Opfer der Pöbelwut nur postume Schimpfwörter loszulassen hat. Unbegreiflich bleibt es immer noch, weshalb die Behörde erst drei volle Stunden nach dem abscheulichen Vorgange militärisch gegen den Straßenpöbel einschreiten ließ. Vielleicht standen ihr dazu keine hinreichende Mittel zu Gebote; alsdann wäre es unmenschenswerth, ein heute hier umlaufendes Gerücht sich bestätigen zu sehen, wonach ein Corps der französischen Okkupationsarmee Befehl erhalten hätte, nach Parma einzurücken (vergl. jedoch das Telegr. der gestr. Bzg.) Der piemontesische Minister des Auswärtigen, D'abormida, hat sofort unter dem 7. d. ein Rundschreiben erlassen, um aus jenem Ereignis aufs neue die Notwendigkeit einer stabilen Herrschaft und provisorisch wenigstens einer Regentschaft in den Herzogthümern herzuleiten.

Über die Persönlichkeit des Grafen Anvit kann ein Correspondent des „Schwäb. Merkur“ folgendes melden: Anvit kam unter der Herzogin Marie Louise von Parma aus dem dortigen Militärkolleg, ward später Lehrer von deren beiden Söhnen, dem Grafen Montenuovo, jetzt österreichischem Feldmarschall-Lieutenant, und dem Grafen Neipperg, und war im Jahre 1848 bereits zweimal ähnlichen Attentaten, denen er kaum zu entgehen vermochte, ausgegesetzt. Er war Ritter des österreichischen Ordens der eisernen Krone.

Die Rede des Kaisers der Franzosen in Bordeaux (vergl. das Telegramm in Nr. 238) ist in der That kaum etwas Anderes, als eine Verwahrung gegen die Hirtenbriefe mehrerer französischer Bischöfe. Der Kaiser besteht mit demselben Nachdruck, wie sein Botschafter in Rom, auf der Notwendigkeit liberaler Reformen im Kirchenstaate. Und in der That, wenn wir den Romagnolen raten, zum Gehorsam unter ihre rechtmäßige Obrigkeit zurückzukehren, so glauben wir auf der andern Seite, daß Kardinal Antonelli möglicherweise nicht in seinem eignen Interesse, wohl aber in dem seines Herrn, des Papstes, handeln würde, wenn er den Vorstellungen des Herzogs von Grammont Gehör schenkte. Es ist ja am Ende nicht Frankreich allein, sondern es sind sämtliche europäische Mächte, mit Einschluß Österreichs, welche die Notwendigkeit von Reformen in der Verwaltung schon vor 28 Jahren dem päpstlichen Stuhle vorstellten. Sonst steht man nicht ab, wie nach dem Abzuge der französischen Truppen, welchen der Kaiser wiederum in Aussicht stellt, Rom und der westliche Theil des Kirchenstaates vor dem Schicksal des östlichen bewahrt werden können. Man redet neuerdings von einem gemeinschaftlichen Plan, mit Waffengewalt den alten Zustand Mittel-Italiens wieder herzustellen. Die Truppen der vertriebenen Fürsten würden mit neapolitanischen und päpstlichen Streitkräften gemeinschaftlich vorzugehen haben. Aber obgleich eine Proklamation Garibaldi's an seine Truppen erschien ist, können wir doch an einem Krieg dieser Art auf der italienischen Halbinsel nicht glauben. Jede gewaltthätige Intervention in Italien ist ja verpönt worden, also auch die des Königs von Neapel, der überdies seine Truppen brauchen dürfte, um die Ruhe im eignen Lande zu erhalten.

Bologna, 4. Okt. Die Führer der Bewegung in den Legationen scheinen nicht ohne Besorgniß vor einem Bündniß zwischen Neapel, der päpstlichen Regierung und den mittelitalienischen Herzögen zu sein. Ein Tagesbefehl, den Garibaldi neuerdings erlassen hat, beginnt mit den Worten: „Die Stunde eines neuen Kampfes naht heran. Der Feind bedroht uns und wird uns vielleicht bald angreifen.“

(Beilage.)

Der „Presse“ wird aus Neapel vom 3. Okt. geschrieben, daß dort allgemein, selbst von sehr gut unterrichteten Leuten, behauptet wird, der König von Neapel werde den Papst unterstützen und Krieg mit Piemont anfangen. Amtlich ist noch nichts bekannt; gesagt wird aber, 15.000 Neapolitaner, unter dem Gen. Pianelli, würden in die Legationen einrücken. — Am 29. Sept. veranstaltete die Polizei eine Razzia unter den ersten Familien Neapels, und eine bedeutende Anzahl von Patriziern wurde verhaftet. Der Polizeiminister wollte nichts mit diesem Gewaltstreiche zu schaffen haben und nahm seine Entlassung. Sein Stellvertreter, Dr. Jossa, beabsichtigte zuerst, die Verhafteten auf irgend eine einsame Insel zu deportieren, aber die Aristokratie begab sich in Masse nach Portici und erlangte die Zurücknahme dieser Maßregel. Warum diese Verhaftungen vorgenommen wurden, weiß man nicht recht; möglicherweise hat man nur von allen Manifestationen im italienischen Sinne abschrecken wollen. Vorläufig wird die Expedition in den Kirchenstaaten vorbereitet; der General Vical ist in San Germano, die Generale Pianelli und Pesena sind mit der Post abgereist. Der König hält jeden Tag Anreden an die Soldaten und hat ihnen in Capua wörtlich gesagt: „Schreit lieber tott als entehrt heim.“

Militärzeitung.

Preußen. [Aenderung in der Uniformirung und Ausrüstung der preußischen Infanterie; Kostenpunkt der neuen Armee-Organisation; General v. Roon; General v. Below f.] Die gesammte preußische Infanterie wird, sicherem Vernehmen nach, an Stelle der bisher getragenen Pickelhauben in Zukunft leichte Käppi's mit einem Blechboden als Kopfschutz erhalten, weiter aber kommen fortan noch, wenigstens bei den Füsilierern, wahrscheinlich jedoch auch bei der sonstigen Garde- und Linien-Infanterie, die Baschinennester in Weißfall, und soll dafür das Bayonett der Scheide geführt werden. Nachdem wird auch noch das Gepäck der Mannschaften sehr erleichtert und nach einem noch bequemer als gegenwärtig konstruierten Modell umgeändert. — Die jährlichen Mehrausgaben für die Armee nach den beabsichtigten neuen Armee-Organisation werden auf die Höhe von 8 Millionen veranschlagt, nach dem ursprünglichen Plane sollten beläufig hierfür nur 3 bis höchstens 4 Millionen ausgeworben werden. Die Kosten für die neu projektierten oder noch im Vorstall befindlichen neuen Festungsbauten, wie für die beabsichtigte neue Ausstattung der Armee und die Umformung des Geschützwesens sind beläufig hierbei nicht mit begriffen. — Der als angeblicher Verfasser des gegenwärtig im Ministerium zur Beratung vorliegenden Entwurfs zu der künftigen preußischen Armee-Organisation neuerdings vielfach genannte Generalleutnant v. Roon gehört der preußischen Armee seit 1821 an, wo er vom Kadettenhause aus gleich als Secondelieutenant beim 14. Infanterieregiment eingestellt wurde, doch hat derselbe bei nahe seine ganze untere Laufbahn bis zum Oberleutnant und Regimentskommandeur aufwärts beim Militärlehrfach oder im Generalstab zurückgelegt. Seit 1842 Major, war dieser Offizier von 1846 — 48 dem Prinzen Friedrich Karl als militärischer Begleiter beigeordnet, und fungierte 1849, während der Expedition nach Baden, als Stabschef des 8. Armeekorps. 1850 erfolgte seine Ernennung zum Oberstleutnant und Kommandeur des 33. Infanterieregiments, das Jahr darauf die zum Obersten. 1856 wurde er Generalmajor und Brigadecommandeur, im vorigen Jahre aber ward ihm die noch jetzt bekleidete Stellung als Kommandeur der 14. Division übertragen, wozu Anfang dieses Jahres auch noch seine Ernennung zum Generalleutnant erfolgte. — Vor gestern ist hier in dem hohen Alter von 83 Jahren der Generalleutnant a. D. v. Below gestorben. Derselbe gehörte der preußischen Armee aktiv über ein halbes Jahrhundert an, indem er bereits 1845 oder 46 sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum beging. Seine untere Laufbahn machte er bei der Fußgarde, bei welcher er auch den Heldzeuge von 1806 bewohnte. Später jedoch war er ausschließlich im Militärlehrfach verwendet, wo er zweit als Gouverneur des Prinzen Wilhelm fungierte, nachdem aber viele Jahre lang dem großen Potsdamer Militär-Waffenhaus als Direktor vorstand, und zuletzt wieder eine lange Reihe von Jahren, die Stellung als Vorstand sämtlicher Kadettenanstalten bekleidete. Pensionirt war derselbe seit 1848. — p.

Lokales und Provinzielles.

Posen. 14. Okt. [Die Preise der vier Hauptgetreidearten und der Kartoffeln] in den für die preußische Monarchie bedeutendsten Marktfächern im Monat Sept. werden nach einem monatlichen Durchschnitte in Preuß. Gr. und Scheffen vom statistischen Bureau für folgende Städte der Provinz Posen nachstehend angegeben:

Namen der Städte.	Weizen.	Roggen.	Gerste.	Hafer.	Kartoffeln.
1) Posen	57 ⁴ / ₁₂	40 ¹⁰ / ₁₂	42 ⁸ / ₁₂	21 ⁸ / ₁₂	16 ⁵ / ₁₂
2) Bromberg	62 ⁰ / ₁₂	41 ⁶ / ₁₂	42 ⁸ / ₁₂	25 ⁷ / ₁₂	18 ⁵ / ₁₂
3) Krotoschin	58 ⁴ / ₁₂	39 ⁵ / ₁₂	35	22 ¹ / ₁₂	12 ⁸ / ₁₂
4) Fraustadt	66 ¹¹ / ₁₂	43 ⁷ / ₁₂	39 ⁴ / ₁₂	23 ¹¹ / ₁₂	16 ¹² / ₁₂
5) Gnesen	60 ¹ / ₁₂	39 ⁹ / ₁₂	33 ¹¹ / ₁₂	21 ⁵ / ₁₂	11 ² / ₁₂
6) Rawicz	65 ⁷ / ₁₂	41 ⁷ / ₁₂	33 ³ / ₁₂	25	13 ⁶ / ₁₂
7) Elisa	64 ⁷ / ₁₂	43 ⁷ / ₁₂	40 ³ / ₁₂	23 ⁷ / ₁₂	18
8) Kempen	53 ¹⁰ / ₁₂	37 ¹⁰ / ₁₂	27 ⁶ / ₁₂	20 ⁵ / ₁₂	15

Bekanntmachung. Die dem Militärfiskus gehörigen beiden Grundstücke in den hiesigen Vorstädten Jagdöre Nr. 120 B. und St. Martin Nr. 80 an der St. Martins- und Mühlstraße belegen, sollen öffentlich meistbietend verkauft werden, wozu ein Termin auf Montag den 31. Oktober c. Vormittags 11 Uhr

im Bureau der Festungs-Baudirektion mit dem Bemerkern angezeigt wird, daß die Verkaufsbedingungen im genannten Bureau eingesehen werden können.

Posen, den 11. Oktober 1859.
Königliche Festungs-Baukommission.
Bekanntmachung.

Die Lieferung nachstehender Konsumtibilien für die städtischen Anstalten auf das Jahr 1860, insbesondere: Butter, Roggemehl, Weizenmehl, Perlgraupe, Weizengrieze, Haidegrieze, Gerstengrüze, Hafergrüze, Haidegrüze, Reis, Graupen, Hirse, Erdbeeren, Bohnen, Sauerkraut, Kartoffeln, Zwiebeln, Pfeffer, Gewürz, Lorbeerblätter und Ingwer, soll im Wege der Submission vergeben werden.

Die schriftlichen Öfferten werden bis zum 18. Oktober c. Vormittags 12 Uhr in unserer Registratur angenommen und am gegebenen Tage von uns eröffnet werden.

Die mit Einreichung der Öfferte bei unserer Kammerkasse einzuzahlende Kautio beträgt 400 Thlr. und sind die sonstigen Bedingungen in unserer Registratur einzusehen.

Posen, am 28. September 1859.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Schrimm,

I. Abtheilung.

Das der Witwe und der Erbin des Wohlw. Palicki gehörige adelige Gut Jaroslawki, aus dem Dorfe und Vorwerke Jaroslawki, und dem Vorwerke Obreda, hiesigen Kreises bestehend, ländlichstädtisch mit den auf 30,738 Thlr. 21 Gr. 11 Pf. gewürdigten Forsten, abgeschäfft auf 55,593 Thlr. 18 Gr. 9 Pf., folge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzuführenden Taxe, soll

am 31. Mai 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhauft werden.

Dieseligen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung Verbriefung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhauftungs-Gericht anzumelden.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Gnesen,

den 2. April 1859.

Das im Kreise Gnesen belegene, der Gräfin

Namen der Städte.	Weizen.	Roggen.	Gerste.	Hafer.	Kartoffeln.
der 13 preußischen Städte	65 ⁴ / ₁₂	38 ⁴ / ₁₂	34 ¹¹ / ₁₂	21 ⁷ / ₁₂	14 ³ / ₁₂
8 polnischen	61 ² / ₁₂	41	36 ¹⁰ / ₁₂	22 ¹¹ / ₁₂	14 ⁹ / ₁₂
5 brandenburg.	70 ⁶ / ₁₂	46 ¹⁰ / ₁₂	37 ¹¹ / ₁₂	26 ⁷ / ₁₂	18 ⁹ / ₁₂
5 pommerisch.	70	46 ⁹ / ₁₂	38 ¹⁰ / ₁₂	27 ⁹ / ₁₂	15 ³ / ₁₂
13 schlesischen	62 ⁸ / ₁₂	42 ¹⁰ / ₁₂	34 ⁹ / ₁₂	23 ⁷ / ₁₂	15 ⁵ / ₁₂
8 sächsischen	68 ² / ₁₂	55 ¹ / ₁₂	45	27 ¹¹ / ₁₂	20 ⁶ / ₁₂
14 westfäl.	78	66 ⁶ / ₁₂	52 ³ / ₁₂	32 ² / ₁₂	24 ² / ₁₂
16 rheinisch.	76 ¹⁰ / ₁₂	58 ¹ / ₁₂	47 ⁸ / ₁₂	29 ⁵ / ₁₂	24 ¹⁰ / ₁₂

Neustadt b. P. 13. Okt. [Straßenraub; Straßenbeleuchtung; Nordlicht.] Am 10. d. ward der hiesige Handelsmann B. auf dem Wege von Zembowo nach den dortigen Huben von dem Wirth Lorenz Piechota aus Zembowo räuberisch angefallen. B. rief um Hilfe, aber der Straßenräuber kniete auf die Brust des B., wünschte demnächst ihn mit dem Stock dem Kopf ein, so daß B. dem Erstickung nahe war, und beraubte ihn seiner Baarschaft im Betrage von 4—5 Thlrn. Die Untersuchung gegen ihn ist schon eingeleitet. — Die Erwartung, daß endlich hier eine Straßenbeleuchtung eingerichtet werde, scheint sich des Kostenpunkts halber nicht realisiren zu wollen. Wenn indeß jeder Einwohner nur 6 Pf. von dem Betrage der Klassesteuer resp. Einkommensteuer zu diesem Bebauung tragen würde, so könnte unbedingt die Straßenbeleuchtung ins Leben gerufen werden. Die seit einigen Jahren angeordnete Leuchte zu den Eingängen der Gaetöpse und Schänken hilft sehr wenig, da Feder aus Ersparnissrücksicht dies so vortheilhaft für sich wie möglich einrichtet. — Gestern 6¹/₂ Uhr Abends wurde hier bei klarem Himmel ein schönes Nordlicht gesehen, welches etwa 40 Minuten dauerte.

x Wollstein 13. Okt. [Feuer; Dramatik; Revision.] Am 10. d. Abends gegen 8 Uhr brach in Alt-Jaromirz, hiesigen Kreises, Feuer aus und brennen Kurzem war eine ganze Bauernwirtschaft (Wohnhaus, Ställe und eine mit dem Erbte gefüllte Scheune) ein Raub der Flammen. Wahrscheinlich ist das Feuer angelegt und soll man bereits dem Häuter auf der Spur sein. — In diesen Tagen bereisten der Del. Rath Wehrmann aus Berlin, der Reg. Rath Meierkaz aus Posen, der Dramatik-Rath Landrat v. Madai aus Kosten und mehrere Beamte der betr. Kommission die Gegend um Kiel, Widzim, Kopitz, Karge ic., um an Ort und Stelle die Meliorationsarbeiten im Oberbruch in Augenchein zu nehmen. — Am 8. d. war der Oberstaatsanwalt Seeger aus Posen, von Kattowitz kommend, hier anwesend und revidirte die Akten der Kriminalabtheilung des hiesigen L. Kreisgerichts, so wie die der hiesigen Polizeiamtschaft. — Seit einigen Tagen hält sich der Rechnungsrath Jäck aus Posen Beabsicht der Gerichtskästen hier auf.

E Czin, 13. Okt. [Kirchliches; Feuer; Auswanderung.] Gestern wurde die vierte Jahreshypothese von den Geistlichen der Superintendentur Kohlens wieder in Nakel abgehalten, weil dieser Pfarrort hierzu am bequemsten gelegen ist. Dem Vormittagsgottesdienste, bei welchem der Ortspfarrer die Predigt hielt, folgten Nachmittags die Abhandlungen über ein theoretisches und ein praktisches Thema. Gestern Abends war die Synode beendet. In Folge der gestiegenen Zahl katholischer Geistlicher findet jetzt die Wiederbesetzung schon Jahre hindurch vakantcr Vikariatsstellen statt; auch hier sind von den neben der Probstie vorhandenen drei Bifariaten, zwei wieder besetzt. Bei einer Pfarrrei von über 5000 Seelen mit 2 Kirchen und 2 Kapellen, davon die eine Kapelle sich zu Grocholin befindet, war dies in der That längst ein dringendes Bedürfnis. Die evangelische Pfarrkirche freilich mit gleicher Seelenzahl und über 70 von Evangelischen bewohnten Ortschaften sich erstreckend, wovon die wenigen entstiegenen allerdings auch 1¹/₂ Meilen entfernt sind, wird bloß von einem, schon bejahrten Geistlichen verwaltet, der außer der Pfarrkirche hier noch drei Filialkirchen auf dem Lande hat. — Auf dem Dominium Paritz brach am 4. d. Nachmittags Feuer aus, durch das außer dem Wohnhause und Speicher sämtliche übrige Gebäude mit allem Eingeärrteten in Asche gelegt wurden. Der fahrlässige Brandstifter ist verhaftet. Vor mehreren Wochen brannte in Szczyplow einem Kolonisten eine eben wieder neu aufgebaute, noch unverstärkte, mit Getreide und Heu gefüllte Scheune nieder. — In dieser Woche reiste eine jüdische Frau mit ihrem einzigen und einem ihr verwandten Kinde ihrem schon vor zehn Jahren nach Amerika ausgewanderten Manne nach. Das letzte Kind, ein erst zwöljfjähriges Mädchen, hat seine hier bleibenden Eltern verlassen, weil es hier doch nicht Ausicht auf ein Glückliches habe. (1)

Z Nowackaw, 13. Okt. [Einführung; Gerichtliches.] Unter zahlreicher Theilnahme fand am 10. d. in dem Saale des hiesigen Progymnasiums die Einführung des neuen Direktors statt. Nach einem Choralgesange stellte die Regierung- und Schulrat Runge aus Bromberg den neuen Direktor, L. Günther aus Weßlau, dem Lehrerkollegium und der Schuljugend vor. Herr G. sprach über „die ewigen Ideen des Wahren, Sittlichkeit und Guten“; Herr G. über die Aufgabe der höheren Schulen im Allgemeinen und der bis herige Dirigent über die Vergangenheit der Anstalt insbesondere, die er mit vieler Mühe und Hingabe so weit gebracht hat. Nachmittags vereinten sich auf spezielle Einladung gegen 50 Personen zu einem gemeinschaftlichen Mahle, wo Reg. Rath v. A. einen Toast auf die Wiedergewinnung Sr. Majestät und das Wohl des „Ritterlichen Helden“ Sr. K. des Prinz-Regenten ausgetragen.

Unter der Anlage: im April d. J. durch Erregung von Lärmen in der Synagoge und Veranlassung von Exzessen und Aufständen vor derselben, standen am 6. d. 6 Mitglieder der hiesigen Synagogengemeinde vor den Schranken der Kriminalpolizei. Veranlassung dazu soll die Unzufriedenheit mit dem damaligen Kantor S. gewesen sein. In der Voruntersuchung hatten die Belastungszeugen zum Nachtheile der Angeklagten ausgesagt, es handelte sich nur noch um Feststellung der einzelnen Fakta. Indes konnte sich jetzt keiner der Zeugen einer elementaren Störung, resp. Tobens und Lärms, erinnern, die ganze Anklage (die von Seiten des Vorstandes ausgegangen war) drehte sich bloß um das zu früher Einfallen Einzelner mit ihrem Rechtaktiv, wodurch der Kantor seine Stelle am Altar auf einige Minuten verlassen hatte, und da der Gerichtshof, als be-

kannte Thatsache angenommen, daß eine absolute Ruhe im jüdischen Tempel nicht herrsche, so hat er gegen den Antrag der Staatsanwaltschaft fünf Angeklagte freigesprochen; nur einer, gegen den mehrere Beweise sprachen, wurde zu 4 Wochen Gefängnisstrafe verurteilt.

A u s k u j a w i n, 12. Okt. [Saaten und Kartoffelernte.] Die Beforcht, daß die paar Tage Frostwetter im September die Saatfelder unbefestigt bleiben würden, ist nun gehoben. Das schöne Herbstwetter hat das Wachsthum der jungen Saat vortheilhaft befördert, und bleibt diese vor Schaden bewahrt, dann dürfte man sich wohl freudigen Hoffnungen hingeben. Die Kartoffelernte wird durch die schöne Witterung begünstigt, sie ist ungeachtet der großen Dürre überaus reichlich ausgesessen und gewährt einen Ertrag, der die vorsjährige Ernte bei Weitem übersteigt. So bekommt z. B. ein Arbeiter bei der Kartoffelernte von der Rojewoer Gutsbesitzt 10 Pfennig; dessen ungeachtet verdient er doch täglich 20 Sgr., woraus sich beurtheilen läßt, wie gesegnet die Ernte ist. Ausnahmen kommen freilich auch vor, aber diese sind nicht sehr erheblich. (B. W.)

Strombericht.



Der Bockverkauf in der bereits
rühmlichst bekannten und auf der
Posener Thierschau prämierten
Stammhäferei **Zychlewski**
beginnt am 1. November. Die zu verkaufenden
Tiere sind in **Alt-Kröben** aufgestellt. Aus-
wahl ist groß, Preise sehr mäßig. Gesundheits-
zustand allgemein bekannt.

Alt-Kröben bei Kröben, Großherzog-
thum Posen. **R. Adolphi.**

Ich mache hiermit bekannt, daß ich mein Ge-
schäft (**M. Zlotnikiewicz**), welches früher am alten Markt Nr. 66 gelegen,
nach Nr. 62 verlegt habe, und mache darauf
aufmerksam, daß eine Auswahl in Hüten, sowie
sämtliche Puzzertitel in schönen und elegan-
testen Form, auch zu günstigen Preisen, vor-
handen sind. Junge Mädchen, die Puzz erlernen
wollen, finden sofort bei mir Aufnahme.

M. Zlotnikiewicz.

Hierdurch empfehle ich eine Auswahl der mo-
densten Hüte, Hauben, Kofifuren, Kastor-
Hüte in den beliebtesten Farben, und mache ganz
besonders auf echte Batisttücher zu sehr billigen
Preisen aufmerksam.

Marie Elkan, Schloßstraße Nr. 2.
In meiner Wurstfabrik Wronkerstr. Nr. 20 ist
von heute ab Mortadella à Pf. 12 Sgr.
Straßburger Feine Leber-, Braunschweiger und
Zungen-Wurst, so wie alle andere Sorten in
bekannter Güte zu haben.

Anton Peschke, Wurstfabrikant.

Ein guter Flügel ist zu vermieten. Näheres
Fischerei Nr. 16 Parterre.

Barlebenhof sind zwei Wohnungen, jede zu zwei Stuben und
Zubehör, wegen plötzlicher Versezung eines Be-
amten billig zu vermieten. Beide Wohnungen
können auch zu einer verbunden werden; auch
steht daselbst eine Handrolle zum Verkauf.
Büttelstr. 19 1 Tr. 1 2 möbl. tap. Stub. jgl. g. v.
Berlinerstraße 29 sind zwei möbl. Zimmer
sofort zu vermieten.
Möblierte Stuben Wilhelmstr. 1. zu vermieten.

Eine große Remise zum Lagern von
Wolle oder Spiritus ist zu vermieten
Gerbervstraße Nr. 43.

S. Martin Nr. 25/26 ist eine Parterre-
Stube nebst Geläß an einzelne Herren so-
fort zu vermieten.
Kanonenpl. 3 ist 1 möbl. Part. Stube zu verm.

Ein unverheiratheter Dekonom
kann eine vortheilhafte Verwalterstelle
erhalten. Derjelbe muß jedoch schon zu
zeitweise selbständiger Bewirthschaftung
befähigt sein. Auftrag: **Aug. Goetsch**
in Berlin, alte Jakobstr. Nr. 17.

Ein Geschäftsführer
wird für ein bedeutendes Kolonial-Geschäft,
zwei Buchhalter für eine Kattunfabrik, einen dgl.
für eine große Tuchfabrik werden baldigst zu en-
gagiren gemüncht. E. Hutter, Kaufm. Berlin.

Eine in Hauben und Hüten geübte Puzarbei-
terin kann sofort placiert werden; wo, sagt
die Expedition dieser Zeitung.

Ein routinirter, mit mehreren vortheilhaften
Dienstgegenständen versehener Kunst- und Zier-
gärtner ist bereit, in seiner Eigenschaft sofort
oder nach einziger Zeit ein neues Engagement
anzutreten. Das Nähre bei dem königlichen
Steuerinnehmer Herrn **Gaul** in Jaborowow
bei Lissa.

Ein Wirthschafts-Verwalter, der polnischen
Sprache mächtig, 25½ Jahr alt, welcher
durch die Mobilmachung seiner Kondition ver-
lustig wurde, sucht bei freier Station ohne Ge-
halt auf einem größeren Gute zum sofortigen
Antritt eine Stelle. Franco **poste rest.**

Ostrowo A. B. 18.

zu haben.

R. Prahl.

zu haben.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 13. Oktober 1859.

Gisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf 3½ —

Aachen-Maastricht 4 18 G

Amsterd. Rotterd. 70½ B

Berg. Märk. Lt. A. 4 77 B

do. Lt. B. 4 —

Berlin-Anhalt-A. 4 108 B

do. Lt. C. 4 104½ bʒ u G

Berlin-Hamburg 4 103½ G

Berl. Postd. Magd. 4 121 bʒ

Berlin-Stettin 4 97 bʒ

Bresl. Schw. Treib. 4 84½ B

Brieg. Neige 4 46 B

Cöln-Trefeld 4 —

Cöln-Münden 3½ 126½ bʒ

Cöf. Oderb. (Wilh.) 4 38 G

do. Stamm-Pr. 4 —

do. do. 5 —

do. do. 4 —